P R O T O K O L L

über die 6. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,
am Dienstag, 13. Mai 1980, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORISTZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Walter Heumann

Karl Hochrath

Karl Holub

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Hermann Leithenmayr

Otilie Liebl

Johann Manetsgruber

Winfried Mausz

Franz Mayr

Rudolf Pimsl

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Rudolf Steinmaßl

Franz Steinparzer

Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenats-

rat Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellver-

treter Senatsrat Dr. Franz

Knapp

Kontrollamtsdirektor Ober-

amtsrat Alfred Eckl

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

VB Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Festlegung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Beschlüsse des Stadtsenates, die gemäß § 51 Abs. 3 StS dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Stadtrat Rudolf Fürst (Beschlüsse des Stadtsenates)

- Bau 5- 3550/77 Umbau des Volkskins zu einem Kulturzentrum; OKA-Baukostenzuschuß.
- Bau 5- 5549/77 Schloß Lamberg; Säuberung der Schloßleite.
- En - 1125/80 Teilbereich der Märzenkellerstiege; Straßenbeleuchtung.
- Bau 6- 4756/79 Errichtung eines Brunnens auf dem Areal der ehem. "Fleischbänke", Ölberggasse 10.
- GHJ 2- 6215/79 Rollschuhplatz Münichholz; Absperrung.
- K - 1330/71 Anfertigung einer fahrbaren Tribüne.
- Wi - 2227/80 OÖ Tagblatt - Sonderbeilage "25 Jahre Staatsvertrag"; Druckkostenbeitrag.
- Wi - 2032/80 OÖ Nachrichten - Sonderbeilage "1000 - Jahr - Feier der Stadt Steyr"; Druckkostenbeitrag.
- Wi - 2348/80 "Was ist los in Linz und Oberösterreich", Programmzeitschrift für Oberösterreich; Programmteil der Stadt Steyr.
- Ha - 2322/80 Gewährung von Subventionen an Sportvereine 1980.
- SchuV- 4540/71 Neubau der Bundeshandelsakademie, Bundeshandelschule und Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in Steyr; Projektierungs- und Bauführungskosten.
- Bau 5- 3950/75
- Bau 3- 7299/79 Projektierung eines Straßenzuges in der Fischhub.
- FW - 841/80 Aufstellung von Oberflurhydranten in der Wohnanlage Resthof.
- GHJ 1- 2344/80 Ankauf von Gartentischen und Sesseln für das Restaurant Theaterkeller.
- GHJ 2- 2450/80 Errichtung eines Zaunes im Anschluß an die bestehende Schloßparkmauer.

- Bau 5- 1533/78 Zweckzuschuß des Bundes zum Stadtsaal; Honorarnote des Steuerberaters Herbert Schwarz zur Erstellung einer Rentabilitätsberechnung.
- SH - 395/73 Aktion "Essen auf Rädern"; Nachschaffung von Essensbehältnissen.
- Bau 6- 6488/76 Kanalisation Schumannstraße - Straßenbeleuchtungsanlage; Elektrokabelmaterial.
- Ges - 2244/80 Anbringung einer Gedenktafel am Objekt Hauptschule Promenade 16.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs - 290/80 Einberufung des GR Winfried Mausz; Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüße; Bestellung als Mitglied des Prüfungsausschusses.
- 2) Bau 5- 3550/77 Umbau des Volkskins zu einem Kulturzentrum; Schlußrechnungen für die 2. und 3. Bauetappe.
- 3) VH - 1780/80 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1980/81.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 4) ÖAG - 1019/79 Betriebserweiterung der Fa. Wittner; Grundverkauf.
- 5) Ge - 6119/79 Betriebserweiterung der Fa. Sommerhuber; Grundverkauf.
- 6) GHJ 2- 5054/78 Verkauf des städtischen Objektes Steyr, Berggasse 20, an die Ehegatten Erwin und Gertrude Strasser.
- 7) Bau 3- 2827/75 Abverkauf von Grundparzellen in der Waldsiedlung.
- 8) GHJ 2- 1801/80 Haus- und Betriebsordnung für den Stadtsaal Steyr.
- 9) ÖAG - 4182/73 Hotelbau in Steyr; Abgabe einer Option.

- 10) Präs - 255/80 1000 Jahre Steyr; Jubiläumsgeschenk an die Mitarbeiter der Stadtgemeinde.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 11) Bau 2- 2466/79 Verhängung der Bausperre Nr. 3 gemäß § 58 der OÖ. Bauordnung.
- 12) Bau 2- 561/80 Bebauungsplanänderung Nr. 1 - "Waldrandsiedlung" Nr. 41/1.
Bau 2- 2056/68

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 13) Präs - 486/78 BMW-Steyr-Motorenwerk - Erweiterung des Basisprojektes; zusätzliche Fördeung.
- 14) Buch - 6900/79 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1979.
- 15) Buch - 6900/79 Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1979 und Zuführung an die Rücklage.
- 16) Buch - 6900/79 Rechnungsabschluß 1979.
- 17) Ha - 6009/79 Aufnahme von Darlehen bei der OÖ. Volkskreditbank und österreichischen Creditinstitut AG.
Ha - 234/80
- 18) Ha - 7291/61 Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH; Änderung der Rückzahlungsbedingungen und Gewährung eines Mietenzuschusses.
u.a.
- 19) K - 1330/71 Verein " 1000 Jahre Steyr"; Subvention.
- 20) Ha - 4541/79 Ausbau des Hotels Minichmayr; Gewährung eines Darlehens an die Ehegatten Viertler; Freigabe für das laufende Rechnungsjahr.
- 21) Ge - 6064/78 Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr; Kredit- und Subventionsgewährung zum Ausbau des Casinos Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 22) Bau 5- 4160/77 Umbau Altes Stadttheater; Fassadeninstandsetzung; Ergänzung des GR.-Beschlusses vom 10. 5. 1979.
- 23) Bau 5- 4160/77 Umbau Altes Stadttheater; Baumeisterarbeiten; Ergänzung des GR.-Beschlusses vom 23. 5. 1978
- 24) Bau 5- 5549/77 Schloß Lamberg; Installation einer neuen Kesselanlage mit Gasfeuerung; Errichtung des erforderlichen Rauchabzuges; Herstellung der Gaszuleitung; Baumeisterarbeiten.
- 25) Bau 5- 5549/77 Schloß Lamberg; Außenanlagen; Komplettierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 26) Bau 3- 5496/77 Straßenbau Resthof II; Aufschließungsstraße 8 und 1b.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 27) FW - 1859/80 Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 28) JW - 4832/79 Familienfördernde Maßnahmen im Kindergartenwesen; kurzfristige Abgabe von Kindern in städtischen Kindergärten

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Beamtenschaft und der Presse!

Ich begrüße Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung und stelle fest, daß die Einladung ordnungsgemäß und zeitgerecht ergangen ist und die Beschlußfähigkeit vorhanden ist. Entschuldigt sind heute die Herren Gemeinderäte Seidl und Tremel. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung werden vorgeschlagen Frau Gemeinderat Ehrenhuber und Herr Gemeinderat Eichhübl. Ich sehe aus dem zustimmenden Kopfnicken, daß diese Funktion übernommen wird und danke Ihnen dafür.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß der Gemeinderat trotz der umfangreichen Tagesordnung damit einverstanden ist, daß ich ganz kurz eines Ereignisses gedenke, welches vor 25 Jahren, 1955, stattgefunden hat. Österreich hat damals seine Freiheit zurückgewonnen und es wurde damals wie auch heute als europäisches Wunder bezeichnet. Durch den Besuch der Delegation aus Plauen vor wenigen Tagen haben wir wieder erfahren müssen, daß es auch andere Entwicklungen in Europa gegeben hat, die schließlich zur Bildung abhängiger bzw. unabhängiger Staaten geführt haben. Österreich jedenfalls konnte seine Freiheit erhalten. Für Steyr brachte der Staatsvertrag auch die Möglichkeit, die längst fällige Frage des Verbleibes des Stadtteiles Münchenholz in Oberösterreich und damit die Zugehörigkeit zu unserem Stadtgebiet zu regeln. Das wichtige Wälzlagerwerk und die Gründung der neuen Motorenfabrik sind so für uns gesichert. Während der Besatzungszeit wurde dieses sehr heikle Problem des Verfassungsübergangsgesetzes 1945, welches die Bundesländer in den Grenzen von 1938 wieder festlegte, nicht behandelt. Dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung bereitete diese offene Frage bis zum Abschluß des Staatsvertrages große Sorgen. Denn die vielen kommunalen Investitionen und infrastrukturellen Maßnahmen, die bevölkerungspolitischen Entscheidungen, die damals gesetzt werden mußten, erfolgten alle unter dem Unsicherheitsfaktor, daß es zu einer Teilung unseres Stadtgebietes kommen könnte. Aber so wie im europäischen Maßstab hat auch in Steyr die Vernunft gesiegt, und der Abschluß des Staatsvertrages hat nicht nur die Einheit Österreichs, sondern auch die unserer Heimatstadt gebracht. In unserer schnellebigen Zeit werden auch Marksteine wie der 15. Mai 1955 leicht vergessen, und es bedarf Momente der Besinnung, um uns an solche schicksalhafte Ereignisse wiederum zu erinnern. Die Stadt Steyr, fast im Herzen Österreichs gelegen, gedenkt durch seinen Gemeinderat dieser staatspolitischen Wende, die den Wiederaufbau der Republik Österreich, des Bundeslandes Oberösterreich aber auch der Stadt Steyr begründete. Mit der Freude, daß wir das 1000jährige Jubiläum in Freiheit und als Teil eines unabhängigen Staates feiern können, schließe ich diese Erklärung vor dem Steyrer Gemeinderat. Sie wird dem Protokoll einverleibt.

Meine Damen und Herren, wir schreiten nun weiter in der Tagesordnung. Als nächster Punkt ist die Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes in der Person von Herrn Winfried Mausz erforderlich. Ich darf Ihnen dazu zur Kenntnis bringen, daß mit Schreiben vom 14. April d. J. Gemeinderat Ernst Fuchs seinen Mandatsverzicht mit Ende April 1980 bekanntgegeben hat. Er ersuchte mich, sein Schreiben an mich dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen, was hiermit geschieht:

Auf Grund meiner beruflich politischen Überlastung und auch wegen meines angegriffenen Gesundheitszustandes (Herz- und Kreislauf) ist es mir in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich, das Mandat als Gemeinderat weiter auszuüben. Die volle Ausübung meines Gemeinderatsmandates, die viel Arbeitszeit beansprucht, würde mir in Zukunft auch dadurch unmöglich, weil ich ab Mai 1980 mit zusätzlichen Agenden innerhalb der FPÖ-Landesgeschäftsstelle beauftragt werde, da der bisherige Landesgeschäftsführer in Pension geht. Ich bitte Sie daher, ab Mai 1980 den Listennächsten der FPÖ, meinen Freund Winfried Mausz, Berufsschullehrer, 4400 Steyr, Stifterstraße 12, in den Gemeinderat zu berufen.

Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den Fraktionsobmännern, mit denen ich vorwiegend die Zusammenarbeit bezüglich der nie enden wollenden kommunalen Probleme mehr als sechs Jahre pflegen konnte, sowie allen Mandataren danke ich für manches mir bzw. meiner Fraktion entgegengebrachte Verständnis. Ich bitte, meinem Nachfolger womöglich ein noch größeres Verständnis und Ihr Wohlwollen entgegen zu bringen.

Ich war mit Leib und Seele als Kommunalpolitiker tätig – auch wenn seitens der anderen Fraktionen nicht immer der unbedingte Wille zur Zusammenarbeit mit meiner Person vorhanden war.

Ihnen und dem gesamten Gemeinderat wünsche ich bei der Bewältigung der anstehenden Arbeiten alles erdenklich Gute. Ich werde mich nach wie vor – allerdings nur im Hintergrund – mit Ihren Sorgen und Problemen befassen und weiter verbunden fühlen."

Er hat mich in einem Nachsatz ausdrücklich gebeten, diesen Brief im Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen, was hiemit geschehen ist.

Meine Damen und Herren ich bitte Sie, sich zur Angelobung von den Plätzen zu erheben. Ich muß nunmehr den auch schon bei der vorangegangenen Informationssitzung anwesenden Herrn Winfried Mausz angeloben und dazu folgende Angelobungsformel vorlesen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Ich bitte Sie, mit den Worten "Ich gelobe" diese Formel zu bestätigen.

WINFRIED MAUSZ:

"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke und bitte die Damen und Herren, wieder Platz zu nehmen.

In Fortsetzung der Tagesordnung muß ich Ihnen bekanntgeben, daß mir rechtzeitig – datiert vom 8. Mai – zwei Anfragen zugegangen sind, die einerseits an Stadtrat Wippersberger gerichtet waren und andererseits an Vizebürgermeister Schwarz lauten. Es wurde mir von beiden Herren mitgeteilt, daß sie vor Beginn dieser Sitzung diese beantworten werden. Ich bitte die Herren der Reihe nach, dies zu tun. Erster ist Vizebürgermeister Schwarz. Es sollen die Anfragen gemäß Geschäftsordnung verlesen und dann gleich beantwortet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Herr Bürgermeister hat mir eine Anfrage zukommen lassen von Herrn Stadtrat Fürst bezüglich Fremdenverkehrsverband Voralpenland gestellt wurde. Ich darf zunächst die Anfrage zur Verlesung bringen:

"Aus Gesprächen mit Herrn Landesrat Trauner ist mir bekannt, daß die Angelegenheit des Fremdenverkehrsverbandes Voralpenland bereits geregelt wurde, da hier grobe Fehler und Unterlassungen begangen wurden. Diese lagen nicht nur auf parteipolitischen Sektor, sondern auch schwere Formfehler waren zu verzeichnen. Da nun vom Landesfremdenverkehrsverband aber auch von Landesrat Trauner die Angelegenheit längst in Ordnung gebracht wurde, richte ich an Vizebürgermeister Schwarz als neuen Obmann des Fremdenverkehrsverbandes Steyr die Anfrage, wieso von der ÖVP in einer Aussendung dagegen polemisiert werden kann. Dazu ist es, glaube ich, notwendig, daß das entsprechende Druckwerk ebenfalls zur Kenntnis gebracht wird, weil sonst mancher nicht wüßte, worum es sich handelt. Ich bin Kollegen Fürst dankbar, daß er diese Anfrage gestellt hat, damit auch in aller Öffentlichkeit hier eine Klärung herbeigeführt werden kann. Der betreffende Artikel lautet wie folgt:

Unter dem Titel "Demagogie" steht hier: "Streit um den Fremdenverkehrsverband Voralpenland: Die Sozialisten behaupten, daß im Vorstand nur zwei SPler einer kompakten Mehrheit von zehn VPlern gegenüberstehen. Das aber sei Parteipolitik, weshalb mehr SPler in den Vorstand kommen müßten ... Es ist nun einmal so, daß Fremdenverkehrsfachleute weltoffen sind und deshalb häufiger der ÖVP als der SPÖ zuneigen. Wichtig ist doch, daß es Fachleute sind, die da mitreden! Genau das aber ist bei den "zehn VPlern" im Fremdenverkehrsverband der Fall. Die Forderung, ein Fachgremium durch die Bei-

ziehung von mehr SP-Funktionären "fachlicher" zu machen ist - höflich gesagt - Demagogie!"

Ich will hier mitteilen, daß schon zu Beginn der Gründung des Verbandes der Großregion Eisenwurzen Pyhrn-Priel Diskrepanzen aufgetreten sind in der Form, daß hier lediglich die Stadt Steyr eine Einladung erhalten hat, in diesem Verband aber sehr viele Gemeinden - von Steyr bis ins Ennstal vertreten sind und ursprünglich im Vorstand dieses Verbandes überhaupt nur Mitglieder von Gemeinden, die von einem ÖVP-Bürgermeister regiert werden, vorgesehen waren. Erst durch entsprechende Einsprüche wurden Änderungen vorgenommen und auf fraktioneller Ebene auch seitens der Sozialistischen Fraktion Vorstellungen gemacht. Die Argumentation, daß es sich bei diesen ÖVP-Bürgermeistern durchwegs um Fachleute handelt, muß ich zurückweisen unter dem Hinblick, daß hier ausgesagt wird, daß nur diese ÖVP-Bürgermeister Fachleute wären. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein SPÖ-Bürgermeister, wie z. B. Bürgermeister Krenmayr aus Molln, weniger Fachmann wäre als beispielsweise der Herr Bürgermeister Steinmayr aus St. Ulrich, einer Gemeinde, die zu diesem Zeitpunkt nicht einmal Fremdenverkehrsgemeinde war. Das möchte ich hier klarstellen. Ich glaube auch, daß diese Vorwürfe, die von uns erhoben wurden, mit Recht erhoben wurden, weil auch Landesrat Trauner dies sofort eingesehen hat. Ich möchte sagen, daß diese Darstellung und der letzte Satz, warum in dieser Aussendung polemisiert werden kann, das kann ich nur damit beantworten, polemisiert kann selbstverständlich immer werden, daß aber hier offensichtlich eine große Uninformiertheit der ÖVP in Steyr vorliegt. Ich darf hier zum Abschluß und zur Information ein Schreiben des Herrn Landesrates zur Verlesung bringen, das mir durchschriftlich zugegangen ist und das an den Herrn Bürgermeister, Landtagsabgeordneten Pernkopf - den Obmann dieser Region - ergangen ist. Ich möchte diesen Brief vollinhaltlich zur Kenntnis bringen.

"Sehr geehrter Herr Obmann, lieber Kollege Pernkopf!

Mit Schreiben vom 17. April d. J. habe ich Dir mitgeteilt, daß Fraktionen der sozialistischen Partei, insbesondere Bürgermeister von Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit, innerhalb der Großregion die politische Zusammensetzung des Vorstandes der Verbändegemeinschaft fordern. Es wurde vorgeschlagen, daß ein Obmann-Stellvertreter einem Sozialisten übertragen wird und die Zusammensetzung - 8 ÖVP, 4 SPÖ - anerkannt würde. Ich habe mit Dir, lieber Freund, und mit den Mitgliedern des Vorstandes, aber auch mit den Verantwortlichen innerhalb der drei Landtagsfraktionen gesprochen und diese Absprache wird auch laut telefonischer Mitteilung durch Vizebürgermeister Schwarz, Steyr, anerkannt. Ich ersuche Dich, zu den nächsten Sitzungen der Verbändegemeinschaft Vizebürgermeister Schwarz, Steyr, einzuladen, sodaß eine Art Kooptierung vollzogen wird. Bei der nächsten Neuwahl (Winter 1980) bzw. Zusammensetzung des Vorstandes der Verbändegemeinschaft möge die Aufteilung - 8 ÖVP, 4 SPÖ und ein Obmann-Stellvertreter aus den Reihen der sozialistischen Fraktion erfolgen. Diese Vereinbarung hat auch Deine Zustimmung, verehrter Kollege Pernkopf, am Montag, dem 5. Mai, in Magdalena gefunden.

Ich bitte um weitere Veranlassung und bin mit Dank und besten Grüßen ..."

Ich möchte sagen, daß Landesrat Trauner - dem ich hier sehr dankbar bin, daß wir zu einer Einigung gekommen sind, weil ich glaube, daß gemeinsam das Arbeiten besser wird und daß auch sozialistische Fachleute eingesetzt werden. Denn auch die Bürgermeister von Weyer-Land, von Reichraming, von Sierning usw. können nicht so ohne weiteres so hingestellt werden, als ob sie andere Menschen wären als die der ÖVP. Es ist ja immer wieder zu beobachten, daß es sich um Fachleute - nach Aussagen, die Sie treffen, nur dann handelt, - wenn sie der ÖVP angehören. Mit diesen Methoden wollen wir hier einmal aufräumen und ich glaube, daß wir hier jetzt gemeinsam vorgehen können. Wir sind mit dieser Lösung einverstanden und ich danke auch Herrn Landesrat Trauner, daß er hier so viel Verständnis gezeigt hat und die Fehler, die begangen wurden, wieder berichtigt hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Beantwortung und darf als Nächsten Kollegen Wippersberger bitten, die Anfrage an ihn bekanntzugeben und die Antwort darauf zu geben.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es liegt mir eine schriftliche Anfrage des Kollegen Schuster vor, die ich Ihnen nunmehr zur Verlesung bringe. Sie ist datiert vom 8. Mai und lautet:

"Anfrage gemäß § 9 der Geschäftsordnung - Parkplatz für die Hallstattausstellung. Ich stelle an den stadträtlichen Verkehrsreferenten Wippersberger folgende Anfrage.

1. Woher ist der Vorschlag gekommen, im Zusammenhang mit der Durchführung der Landesausstellung in Steyr, im Schloßpark einen Parkplatz zu errichten?
2. Von wann stammt sodann der Vorschlag, die Preuenhueberstraße zur Gänze als Parkplatz zu nützen?
3. Gibt es gegen die jetzige Festlegung in der Preuenhueberstraße Einwendungen?

Als verantwortlicher städtischer Verkehrsreferent bitte ich, meine Stellungnahme hiezu zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag, einen Teil des Schloßparkes entlang der Schloßparkmauer als Gebührenparkplatz für die internationale Hallstattausstellung zu verwenden, kam von der Kulturabteilung des Landes Oberösterreich. Sie wurde von der Polizeidirektion Steyr, die ja letztlich für die Abwicklung des Verkehrs verantwortlich ist, unterstützt. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Parkplatzfrage ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Ausstellung nach den langjährigen Erfahrungen, die das Land Oberösterreich besitzt, darstellt. Weiters begründete das Land Oberösterreich den Antrag damit, daß auf diese Art zusätzliche Parkplätze geschaffen werden, denn ansonsten würden Parkplätze, die der Steyrer Bevölkerung nützen, für längere Zeit den Steyrer Kraftfahrern, vor allem auch dem Geschäfts- und Berufsverkehr, entzogen werden. Das Land Oberösterreich hat auch dann, als die Bedenken gegen diesen Parkplatz erhoben wurden, nie die Vaterschaft in Abrede gestellt, sondern lediglich, um zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen, auch eine Kompromißlösung akzeptiert. Vom Stadtbauamt wurde in dieser Hinsicht nur eine Stellungnahme abgegeben, aber keine Initiative ergriffen. Andere Darstellungen sind aus dem Zusammenhang gerissen und falsch. Der Vorschlag, den beliebten Parkplatz in der Preuenhueberstraße einschließlich des Geländes des Konviktes als Gebührenparkplatz für die Hallstattausstellung heranzuziehen, stammt von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion. Trotz des Nachteiles, daß dieser Parkplatz dem ruhenden Verkehr der Steyrer dient und der weiteren Entfernung vom Schloß Lamberg war das Land im Interesse einer einvernehmlichen Lösung bereit, hier einen Gebührenparkplatz zu errichten. Überraschenderweise kam aber ein Schreiben der ÖVP-Fraktion, worin Einwände gegen ihren eigenen Vorschlag erhoben wurden und eine Reduzierung der Parkplätze in der Preuenhueberstraße verlangt wurde. Um mir Kommentare zu ersparen will ich die Antwort des Magistrates vollinhaltlich zur Kenntnis bringen:

Das Schreiben ist vom 14. April 1980; "Parkplatz für die Hallstattausstellung", das Schreiben erging an die ÖVP-Gemeinderatsfraktion, z. H. Herrn Fraktionsobmann Vizebürgermeister Dir. Karl Fritsch. "Zum Schreiben der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ohne Datum an Bürgermeister Franz Weiss bezüglich des gebührenpflichtigen Parkplatzes während der Hallstattausstellung in der Preuenhueberstraße teilt der Magistrat Steyr mit: Der Magistrat Steyr war sich von Anfang an im klaren, daß die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen für die Hallstattausstellung die einzige Lösung wäre, um das bestehende Parkplatzangebot im Inneren der Stadt nicht reduzieren zu müssen. Die Vorstellungen des Amtes der OÖ. Landesregierung hinsichtlich dieser Frage stimmten mit den Auffassungen der Polizeidirektion und des Magistrates Steyr voll überein. Aus diesem Grunde wurde auch der Vorschlag des Amtes der OÖ. Landesregierung, einen wenig benützten Streifen des Schloßparkes für diesen Zweck zu verwenden, aufgegriffen. Da alle Sicherheiten gegeben wurden, daß wertvoller Baumbestand im Schloßpark dadurch weder entfernt noch gefährdet wird, und eine Rekultivierung sogar mit einer Verbesserung des Bodens verbunden

gewesen wäre, wurden konkrete Schritte zur Verwirklichung dieses ursprünglichen Planes getätigt. Von Seiten der ÖVP-Fraktion wurden Bedenken gegen diese beabsichtigte Maßnahme geäußert und diesbezüglich bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck von Vizebürgermeister Fritsch interveniert, der sodann um eine Fortsetzung der Verhandlungen ersuchte. Ausdrücklich wurde auch die Bitte ausgesprochen, zu diesen Verhandlungen Vizebürgermeister Fritsch beizuziehen. Am 28. 2. 1980 fand sodann im Stadtsenatsitzungssaal eine neuerliche Besprechung statt, an der Vizebürgermeister Fritsch, Stadtrat Wallner, Vertreter der Kulturabteilung des Landes, der Bundespolizeidirektion Steyr und des Magistrates Steyr teilnahmen. Alle Anwesenden, mit Ausnahme der beiden ÖVP-Mandatare, waren der Meinung, daß nach wie vor die Schloßparklösung die günstigste und vor allem für die Steyrer Bevölkerung die am wenigsten störende sein würde. Von Seiten der ÖVP-Vertreter wurde jedoch der Gegenvorschlag unterbreitet, die Preuenhueber- und Gabelsbergerstraße in ihrer Gesamtheit, einschließlich der privaten Flächen des Konviktes Schloß Voglsang für diesen Sonderparkplatz heranzuziehen. Von den übrigen Besprechungsteilnehmern wurden damals schon alle Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich daraus ergeben würden, vor allem dadurch, daß diese Parkplätze von der Wohn- und arbeitenden Bevölkerung dieses Gebietes, aber auch von Schülereltern, Patienten, vorsprechenden Parteien und dergleichen in Anspruch genommen werden. Trotz dieser übereinstimmenden Bedenken bestanden Vizebürgermeister Fritsch und Stadtrat Wallner auf dem Vorschlag, die Preuenhueberstraße in ihrer Gesamtheit als Parkplatz heranzuziehen. Sie äußerten die Meinung, daß diese Nachteile zumutbar wären, was schließlich dann im Sinne einer vom Landeshauptmann gewünschten einvernehmlichen Lösung von den übrigen Besprechungsteilnehmern akzeptiert wurde. Es ist dem Magistrat Steyr unerfindlich, daß jetzt erst von der ÖVP-Fraktion auf die voraussehbaren Beschwerden von Angestellten des Finanzamtes sowie von Anrainern hingewiesen wird. Dies ist bereits bei einer Besprechung am 28. 2. 1980 durch alle übrigen Besprechungsteilnehmer erfolgt. Auch das Land Oberösterreich hat die nicht unerheblichen Kosten und den Vertrag mit dem Konvikt Voglsang nur im Hinblick auf eine Gesamtparkfläche in der Preuenhueberstraße akzeptiert. Acht Tage vor Ausstellungsbeginn wäre auch eine andere Lösung nicht möglich. Die ÖVP-Fraktion wird eingeladen, diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, zumal der Vorschlag, die Preuenhueberstraße als Parkfläche für die Hallstattausstellung zu verwenden, aus ihren Reihen gekommen ist."

Soweit das Schreiben unseres Bürgermeisters vom 14. April 1980. Der Gemeinderat kann sich nun selbst ein Bild über diese zwiespältige Haltung der ÖVP machen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke. Herr Kollege Schuster bitte!

GEMEINDERAT ERWIN SCHUSTER:
Ich hätte eine Anfrage gemäß § 9 Abs. 4. Wieso kann bei diesem Sachverhalt in einer Aussendung der ÖVP-Landeszeitung von der ÖVP Steyr behauptet werden, daß die SPÖ-Mandatare eine Zerstörung des herrlichen Schloßparkes anstreben? Und daß diese Idee vom Stadtbauamt stamme. Ich zitiere wörtlich "Im stillen, verkehrsarmen und sicheren Stübchen des Baudirektors!" wurde diese Idee geboren .

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Schuster, darf ich Dir gleich darauf antworten? Ich kann nur nochmals feststellen, daß diese Behauptung falsch ist. Kein SPÖ-Mandatar war bestrebt, das wäre ja Wahnsinn, den Schloßpark zu zerstören. Von einer Zerstörung war überhaupt nicht die Rede. Hier handelt es sich um eine maßlose Übertreibung des Sachverhaltes. Es war das Land Oberösterreich, welches den Wunsch geäußert hat, in unmittelbarer Nähe des Schlosses Lamberg diesen Parkplatz zu errichten. Vollkommen aus dem Zusammenhang gerissen und demagogisch entstellt ist die Behauptung, daß diese Idee in der Kanzlei des Baudirektors geboren wurde. Seit jeher hat die Stadtgemeinde Steyr vom Land die Forderung erhalten, für ausreichende Parkplätze während der Hallstattausstellung zu sorgen. Seit über einem Jahrzehnt hat sich der Magistrat bemüht, mit unserem Bürgermeister an der Spitze, eine Restaurierung des Schlosses Lamberg zu erzielen, das bereits vom Verfall bedroht war, die Vorbereitungen für die Hallstattausstellung, die

Finanzierung und Restaurierung. Ebenso lange beschäftigt sich das Stadtbauamt mit den Fragen des fließenden Verkehrs und des ruhenden Verkehrs. Es wurden unzählige Varianten ausgearbeitet, damit im Bedarfsfall der Gemeinderat bzw. der Stadtsenat die Möglichkeiten haben, Entscheidungen zu treffen. Solche Varianten wurden selbstverständlich auch für den Bereich der inneren Stadt ausgearbeitet. Es wurden Grundverhandlungen mit privaten Grundeigentümern geführt, es wurden Gespräche mit Naturschutzfachleuten und auch mit Experten der Polizei abgewickelt. Unter diesen vielen Varianten tauchte natürlich auch die Frage auf, ähnlich wie in der Sepp-Stöger-Straße Teile des Schloßparkes für Parkzwecke zu verwenden, eine Variante, die aber nie zur Entscheidung vorgelegt wurde, die eben nur eine Untersuchung war. Die ÖVP hat ebenfalls bereits öfters Vorschläge eingebracht, die dann ad acta gelegt wurden, weil sie nicht durchführbar waren. Es stellt eine ausgesprochene Herabsetzung der Planungsarbeiten des Magistrates dar, wenn nunmehr vollkommen aus dem Zusammenhang gerissen eine Untersuchung als Angriff auf den Steyrer Schloßpark dargestellt wird. Das ist wirklich ein Schildbürgerstreich. Noch dazu von denjenigen, die wissen müßten, daß das Land OÖ. federführend für die Verhandlungen ist. Die Frage ist ganz eindeutig, denn ich darf feststellen, ich war bei zwei Sitzungen anwesend, und zwar Donnerstag, 28. 2. war die Besprechung im Stadtsenatsitzungszimmer – das war die erste, bei der ich anwesend war. Federführend dabei war Hofrat Pömer von Linz, der ganz vehement diese Schloßparklösung verlangt hat, hat auf seine großen Erfahrungen hingewiesen am Ausstellungssektor, daß die Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Ausstellung liegen müssen. Er hat sogar angedroht, er wird die Verantwortung für die Ausstellung ablehnen, wenn man seinem Wunsch nicht entspricht. Heute zu sagen, die Idee wäre geboren worden beim Baudirektor im "stillen Kämmerlein", das wäre von den SPÖ-Mandataren geboren worden ist eine absolute Diffamierung. Dagegen müssen wir uns verwahren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Die Anfragebeantwortungen unterliegen keiner Diskussion, wir können das nur zur Kenntnis nehmen.

Wir schreiten nun in unserer Tagesordnung fort. Es stehen nunmehr die Mitteilungen des Bürgermeisters zur Behandlung und ich darf dazu etwas nachholen, was ich bei der Angelobung von Gemeinderat Mausz unterlassen habe, allerdings unabsichtlich. Ich möchte ihm zunächst einmal herzlich gratulieren zur Bestellung zum Gemeinderat. Ich wünsche, daß wir uns hier immer in einem Geist befinden, der die Gesamtinteressen der Stadt beinhaltet, wobei natürlich nicht zu übersehen ist, daß jeder Gemeinderat die Interessen jener Gruppen wahrzunehmen hat, von denen er in den Gemeinderat entsendet wurde, das sind die politischen Parteien. Ich darf dazu noch mitteilen, daß Herr GR Mausz durch eine Mitteilung der FPÖ-Organisation und gemäß § 8 a des Statutes die Funktion des Fraktionsobmannes der Freiheitlichen Partei im Gemeinderat wahrnimmt und als sein Stellvertreter verbleibt wie bisher Herr Gemeinderat Eichhübl. Den formellen Bestimmungen wurde voll entsprochen. Eine weitere Mitteilung, die den gesamten Gemeinderat betrifft, weil sie an ihn ergeht, betrifft ein Dankschreiben anlässlich der Verbreiterung der Zufahrt zur Kematmüllerstraße, der Polizeisportanlage und der Forelle Steyr, Namens der Forelle Steyr wird der Dank dem gesamten Gemeinderat zum Ausdruck gebracht und es wird hier ausgesagt, daß für alle Straßenbenützer aufrichtig und herzlich gedankt wird. Es ist jetzt eine reine Freude, ohne Gefahr für Personen- und Sachwerte die Straße zu benützen. Hier heißt es ausdrücklich: "Der Dank gilt auch der gesamten Gemeindevertretung, welche die Unkosten in verständnisvoller Weise genehmigt hat." Ich bringe das zur Kenntnisnahme.

Ich habe noch eine weitere Mitteilung. Wir haben, wie in der Vergangenheit, uns bemüht, durch Rückfragen beim Amt der OÖ. Landesregierung zu erfahren, wie weit es mit der Erstellung einer Lärmkarte bestellt ist. Wir haben nach telefonischer Rückfrage beim Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Immisionsschutz, nunmehr erfahren, daß im Jahre 1980 infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse noch keine Messungen vorgenommen werden konnten. Für die Messung des Verkehrslärms ist unbedingt eine trockene Fahrbahn erforderlich. Es wird jedoch für die nördlichen Stadtteile bis Ende Juni eine Lärmkarte vorgelegt werden können.

Eine weitere Mitteilung. Wir haben bereits im August des Vorjahres, und neuerdings urgierend am 14. März, ein Schreiben an die hiesige Polizeidirektion gerichtet, um hier einen verstärkten Einsatz von Sicherheitswache- bzw. Kriminalbeamten in der Nachtzeit zu erreichen. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Wunsch immer wieder laut wird und es wurde im damaligen Schreiben ausdrücklich auf die Umstände hingewiesen. Ich kann bis jetzt noch keine Mitteilung bringen, da noch keine Rückantwort eingetroffen ist. Das nur als Vermerk, daß wir hier nicht untätig blieben.

Eine Mitteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 4. Februar muß ich hier noch zur Kenntnis bringen. Diese ergeht an alle Magistrate, Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden. "Unter Bezugnahme auf die hierörtlichen Erlässe vom 24. August 1978 usw. - das weitere kann ich mir ersparen - wonach das Land Oberösterreich für Ehejubilare, 50jähriges Ehejubiläum und mehr, damals einen vierfachen Golddukat und eine Urkunde gestiftet hat, mußte nunmehr aus Einsparungsgründen und auf Grund der internationalen Entwicklung des Goldmarktes eine Reduzierung dieser Spende erfolgen. Künftig werden nur mehr zwei einfache Golddukat für diesen Zweck gegeben.

Eine Mitteilung des Ministers für Bauten und Technik Sekanina gibt bekannt, - ich kann wiederum nur auszugsweise berichten - hinsichtlich des Antrages auf Einbeziehung der beim ersten Bauabschnitt aufgelaufenen Kostenüberschreitungen - bezogen auf den Reinhaltungsverband und Kanalausbau, erste Etappe - in die Förderung mit Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds kann ich mitteilen, daß eine Berücksichtigung bei der nächsten Fondsmittelvergabe voraussichtlich möglich sein wird. Das sind die bewußten 20 Mill. S Überschreitung, wovon wir schon 12 Mill. S vorfinanziert haben. Wenn dieses Geld dann kommt und die dezidierte Zusicherung da ist, können wir unverzüglich diesen Bauabschnitt zu Ende führen.

Schließlich noch eine Mitteilung, die die S 37 betrifft. Ich habe hier schon zwei Briefe, ersten von der BMW-Steyr-Motorenwerksgesellschaft, den zweiten von der Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr. Beide sprechen sich energisch gegen dieses Pseudo-Gutachten aus, wo hier von Steyr nur 5 Lkw pro Tag auf der Strecke der S 37 zu erwarten sein werden. Es schreibt z. B. Generaldirektor Doppelfeld: "In der Frage der geplanten S 37 und des Lkw-Bedarfes von BMW-Steyr habe ich eine entsprechende Prüfung eingeleitet. Die Aussage des "Gutachters" zum Lkw-Bedarf von BMW-Steyr, und zwar 5 Lkw pro Arbeitstag, ist auf keinen Fall haltbar. Ohne dem neuen Ergebnis der Prüfung vorzugreifen, läßt sich bereits sagen, daß der Umfang für den Transport von Motoren und der Zulieferung von Teilen bei rund 30 Lkw pro Tag, pro Arbeitstag, liegen wird. Hinzuzurechnen ist der Transport von Mitarbeitern mit Bussen. So bald die genaue Berechnung vorliegt, werde ich, wie vereinbart, ein entsprechendes Schreiben mit Durchschlag an Sie an die Landesregierung richten. Das ist inzwischen bereits geschehen.

Das waren die Mitteilungen, die ich Ihnen hier noch vorlegen wollte.

Bevor wir nun in die ordentliche Tagesordnung eingehen, würde ich vorschlagen, daß wir jetzt eine kurze Unterbrechnung machen bzw. - nachdem der Kaffee bereits eingelangt ist - ersuche ich Sie aus Zeitersparnisgründen um Weiterführung der Sitzung und ich bitte zugleich Kollegen Fürst, den Punkt 5) der Tagesordnung vorbringt. Es handelt sich um Beschlüsse des Stadtsenates, die gemäß § 51 Abs. 3 des Statutes dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Herr Bürgermeister hat bereits jenen Paragraphen des Statutes zitiert, der dazu Veranlassung war, daß ich hier die Ehre habe, Ihnen die Kreditüberschreitungen bzw. Kreditübertragungen, die im Stadtsenat einstimmig über die Bühne gingen, zur Verlesung zu bringen.

Bau5-3550/77 Umbau des Volkskinsos zu einem Kulturzentrum; OKA-Baukostenzuschuß S 173.000,-

Bau5-5549/77 Schloß Lamberg; Säuberung der Schloßleite S 49.000,-

En- 1125/80 Teilbereich der Märzenkellerstiege; Straßenbeleuchtung S 43.000,-

Bau6-4756/79 Errichtung eines Brunnens auf dem Areal der ehem. "Fleischbänke", Ölberggasse 10 S 360.000,-

- GHJ2-6215/79 Rollschuhplatz Münichholz; Absperrung S 7.700,-
 K-1330/71 Anfertigung einer fahrbaren Tribüne 35.000,-
 Wi-2227/80 OÖ. Tagblatt - Sonderbeilage "25 Jahre Staatsvertrag"; Druckkostenbeitrag S 10.000,-
 Wi-2032/80 OÖ. Nachrichten - Sonderbeilage "1000 Jahr-Feier der Stadt Steyr"; Druckkostenbeitrag S 10.000,-
 Wi-2348/80 "Was ist los in Linz und Oberösterreich", Programmzeitschrift für Oberösterreich; Programmteil der Stadt Steyr S 167.000,-
 Ha-2322/80 Gewährung von Subventionen an Sportvereine 1980 S 79.200,-
 SchuV-4540/71 Neubau der Bundeshandelsakademie, Bundeshandelsschule und Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in Steyr; Projektierungs- und Bauausführungskosten S 116.900,-
 Bau3-7299/79 Projektierung eines Straßenzuges in der Fischhub S 12.700,-
 FW-841/80 Aufstellung von Oberflurhydranten in der Wohnanlage Resthof S 42.000,-
 GHJ1-2344/80 Ankauf von Gartentischen und Sesseln für das Restaurant Theaterkeller S 80.000,-
 GHJ2-2450/80 Errichtung eines Zaunes im Anschluß an die bestehende Schloßparkmaier S 59.600,-
 Bau5-1533/78 Zweckzuschuß des Bundes zum Stadtsaal; Honorarnote des Steuerberaters Herbert Schwarz zur Erstellung einer Rentabilitätsberechnung S 102.139,-
 SH-395/73 Aktion "Essen auf Rädern"; Nachschaffung von Essensbehältnissen S 102.100,-
 Bau6-6488/76 Kanalisation Schumannstraße - Straßenbeleuchtungsanlage; Elektrokabelmaterial S 12.100,-
 Ges-2244/80 Anbringung einer Gedenktafel am Objekt Hauptschule Promenade 16 S 4.000,-.

Das waren die gesamten Kreditüberschreitungen bzw. Kreditübertragungen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Berichtsvorlage. Ich habe eine Bitte dazu. Wenn Sie einverstanden sind, könnten wir künftig den Vortrag der einzelnen Punkte unterlassen, weil jeder Gemeinderat die Unterlagen bei sich hat und nur generell der Referent darauf verweist, damit das zu Protokoll gebracht werden kann. Das würde die Sache vereinfachen. Es handelt sich dabei ja um keine Beschlüsse sondern nur um die Zur-Kennntnisbringung von bereits erfolgten Entscheidungen des Stadtsenates. Jeder hat die Unterlagen im Zuge der Stadtsenatsbehandlung schon bekommen, das ist jetzt eine Erinnerung daran. Die Gemeinderatsitzungen würde verkürzt werden, wenn man diese Erinnerungen nicht vorbringen würde. Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Widerspruch? Ich würde vorschlagen, daß man das in den Raum stellt und bis zur nächsten Sitzung das entscheidet. Letztlich ist es nur eine Wiederholung bereits getroffener Maßnahmen.

Dann können wir in der Tagesordnung fortfahren. Wir kommen zum nächsten Punkt, und zwar zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände. Ich bitte dazu Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich meine Berichte vorbringen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um den Vortrag seiner Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, durch die heute erfolgte Angelobung des Herrn Gemeinderates Mausz ist auch die Zuteilung zu den Ausschüssen erforderlich. Es wird vorgeschlagen, Herrn Gemeinderat Mausz auf Grund der Ersatzvornahme für den ehemaligen Gemeinderat Fuchs in den Finanz- und Rechtsausschuß, den Bauausschuß und in den Wohnungsausschuß mit beratender Stimme beizuziehen. Hiezu ist kein Beschluß erforderlich. Beschlossen muß jedoch werden seine Entsendung in den Prüfungsausschuß, weil auch hier Gemeinderat Fuchs vertreten war. Ich stelle daher an den Gemeinderat den Antrag:

1) Präs-290/80

Einberufung des Gemeinderates Winfried Mausz; Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Bestellung als Mitglied des Prüfungsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Gemeinderat Winfried Mausz wird anstelle des bisher im Prüfungsausschuß tätig gewesen und nunmehr ausgeschiedenen Gemeinderates Ernst Fuchs als Mitglied des Prüfungsausschusses bestellt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dazu die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der nächste Antrag kommt vom Stadtsenat und betrifft den Umbau des Volksskinos zu einem Kulturzentrum und lautet:

2) Bau5-3550/77

Umbau des Volksskinos zu einem Kulturzentrum; Schlußrechnungen für die 2. und 3. Bauetappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 3. 1980 wird für die Endabrechnung des Vorhabens Umbau des Volksskinos zu einem Kulturzentrum eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 5,228.000,- (Schilling fünf Millionen zweihundertachtundzwanzigtausend)

bei VSt 5/3230/0100 genehmigt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Der Stadtsenat hat diese Angelegenheit am 27. März behandelt und ich stelle den Antrag, ihn zu genehmigen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der nächste Antrag kommt ebenfalls vom Stadtsenat und behandelt die Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule unserer Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1980/81. Wenn Sie es mir gestatten, werde ich von einer Verlesung des gesamten Amtsberichtes Abstand nehmen, denn Sie haben diesen ebenso erhalten. Ich kann nur hinzufügen, daß wir diese Anpassungen jährlich vornehmen. Der Kulturausschuß hat sich mit diesem Antrag eingehend beschäftigt und er wurde dem Stadtsenat weitergeleitet. Ich stelle hier den Antrag, im Sinne des Amtsberichtes und der Antragstellung, die hier auf 3 Seiten zusammengefaßt ist, eine positive Entscheidung herbeizuführen.

3) VH-1780/80

Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1980/81.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Durchführung der Kurse der Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1980/81 werden entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abteilung IX vom 25. März 1980 die Kursbeiträge und Kursleiterhonorare folgend festgesetzt:

A) Kursbeiträge	
a) Kurse für Erwachsene und Jugendliche ohne besondere Aufwendungen	pro Einheit S 6,--
b) Kurse für Erwachsene und Jugendliche mit besonderen Aufwendungen (wie z. B. Benützung von Näh- und Schreibmaschinen, Musikbegleitung, Korrektur von Aufgaben usw.)	pro Einheit S 6,--
zuzüglich Aufwandsentschädigung	pro Semester S 50,--
c) Vorbereitungskurs für die Hauptschulprüfung	monatlich S 300,--
d) Säuglingspflege	kostenlos
e) Seniorenklubs	
Klubbetrieb 2 x wöchentlich	pro Arbeitsj. S 45,--
Klubbetrieb 3 x wöchentlich	pro Arbeitsj. S 65,--
Klubbetrieb 5 x wöchentlich	pro Arbeitsj. S 100,--
f) Freizeitkurse für Kinder ohne besondere Aufwendungen	pro Einheit S 4,--
g) Freizeitkurse für Kinder mit besonderen Aufwendungen (wie z. B. Musikbegleitung usw.)	pro Einheit S 4,--
zuzüglich Aufwandsentschädigung	pro Semester S 35,--
h) Kurse der Kindersingschule	pro Semester S 70,--
i) Jugendkurse für Fortbildung (sog. Lerngemeinschaften)	monatlich S 50,--

Für alle den Präsenzdienst leistenden Soldaten der Garnison Steyr werden die Kursgebühren um die Hälfte ermäßigt. Der stadträtliche Kulturreferent wird ermächtigt, in besonders gelagerten Fällen Ermäßigungen bzw. Befreiungen von Kursbeiträgen zu gewähren.

B) Kursleiterhonorare:

Die Kursleiterhonorare werden mit S 120,- pro Kurseinheit (= 45 Minuten) festgesetzt. Die Leiterinnen der Seniorenklubs erhalten eine Vergütung von S 55,- pro Stunde (= 60 Minuten), die Hilfskräfte von S 45,- pro Stunde, der Vorführer von Lichtbildern oder Filmen S 120,- pro Vorführung.

Außerdem wird jedem Kursleiter pro Kurs (bzw. pro jeweils 30 Unterrichtseinheiten = ein Betrag von S 3.600,-) eine Beihilfe zur Abdeckung der Besteuerung in der Höhe von S 120,- gewährt.

Dem Leiter der Kindersingschule, dem Leiter der Jugendkurse für Fortbildung und Freizeitgestaltung sowie dem Leiter des Hauptschullehrganges wird pro Semester ein Betrag von S 2.400,- als Leiterzulage zuerkannt.

Lehrkräften, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb von Steyr haben und für die Ausübung ihrer Kursleitertätigkeit ständig auf die Benützung von Verkehrsmitteln angewiesen sind, wird neben der Fahrtkostenvergütung eine Entschädigung für den Zeitausfall - je nach Entfernung - bis zu S 100,- pro Kurstag gewährt. Sollten die öffentlichen Verkehrsmittel nicht ausreichen, kann auch das amtlich festgesetzte Kilometergeld verrechnet werden.

Außerdem können Kursleitern für die Beistellung von Lehrmaterial, das über den üblichen Rahmen hinausgeht (Bücher, Tonbänder usw.) sowie für besondere Vorbereitung oder Korrekturarbeiten Beihilfen im Betrag bis zu S 600,- pro Semester und Kurs zuerkannt werden. Die Festsetzung der Höhe obliegt dem Anordnungsbefugten.

Bei Kursen, die gemeinsam mit der Bezirksstelle Steyr des BFI durchgeführt werden, gelten die durch die Tarifordnung des BFI gegebenen Kursleiterhonorare. Analog den Honoraren für die Kursleiter wird das Honorar für die Durchführung von Kunstführungen im Rahmen der Volkshochschule mit S 240,- pro Führung festgesetzt.

Die Führungsgebühr wird mit S 20,- pro Person fixiert, während der Regiekostenbeitrag für Betriebsführungen mit S 10,- pro Person festgelegt wird. Die Leihgebühr für die für Unterrichtszwecke an Kursteilnehmer leihweise zur Verfügung gestellten Lehrbücher beträgt S 4,- pro angefangenem Monat.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist daher angenommen. Ich danke Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und ersuche ihn, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich führe die Sitzung und weiter und bitte gleich Herrn Kollegen Schwarz um den Vortrag seiner Anträge.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen 7 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit

4) ÖAG-1019/79

Betriebserweiterung der Fa. Wittner;
Grundverkauf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf einer Grundfläche im Ausmaß von etwa 1200 m² aus der Parzelle 677/12 der EZ 372, KG Gleink an Herrn Franz Wittner, Dachdeckermeister, Steyr-Gleink, Ennser Straße und einer Fläche im Ausmaß von etwa 600 m² an Karl und Theresia Schweinschwaller, Gastwirte, Ennser Straße 20, Steyr-Dietach, ebenfalls aus Parzelle 677/12, KG Steyr, wird zugestimmt. Der Kaufpreis würde S 285,-/m² betragen. Sämtliche Kosten des Verkaufes sowie alle Folgekosten, die sich aus der Neuerrichtung einer Zufahrt ergeben, haben die Käufer bzw. im Sinne des Amtsberichtes vom 17. 3. 1980 Herr Franz Wittner zu tragen.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Darf ich annehmen, daß alle Gemeinderatsmitglieder dem Antrag beitreten? Gegenteilige Auffassungen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls nicht, somit einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Firma Sommerhuber hat vor, ihren Betrieb wesentlich zu erweitern. Zu diesem Zweck ist seitens der Firma geplant, ein neues Fabriksgebäude zu errichten. Die Stadtgemeinde ist bereit, hier ein Baugrundstück zur Verfügung zu stellen. Der entsprechende Antrag lautet:

5) Ge-6119/79

Betriebserweiterung der Fa. Rudolf Sommerhuber;
Grundverkauf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf des städtischen Grundstückes 608/4 im Ausmaß von 20.750 m² an Herrn Rudolf Sommerhuber, Fabrikant, Steyr, Pachergasse 19, zum Preis von S 300,-/m² und sonst zu den im Amtsbericht genannten Bedingungen wird zugestimmt. Der Kaufpreis ist in fünf gleichen Jahresraten zu entrichten, wobei die jeweils ausstehenden Beträge mit fünf Prozent p. a. zu verzinsen sind und die Kaufpreisrestforderung pfandrechtlich sicherzustellen ist. Zur Sicherung des Verwendungszweckes behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Rechtes am Kaufobjekt vor.

Ich bitte Sie, auch diesen Antrag positiv zu bescheiden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Wortmeldungen dazu? Es werden keine aufgezeigt. Wir stimmen ab. Gibt es dazu eine gegenteilige Meinung? Enthaltung? Beides nicht der Fall, Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag lautet:

6) GHJ2-5054/78

Verkauf des städtischen Objektes Steyr, Berggasse 20,
an die Ehegatten Erwin und Gertrude Strasser.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf der Liegenschaft EZ 128, KG Steyr, Berggasse 20, zum Preise von S 427.000,- sowie des Grundstreifens aus dem Nachbargrundstück 168 Bfi. und 205 Garten im Ausmaß von etwa 40 m² zum Preise von S 1.440,-/m² an die Ehegatten Erwin und Gertrude Straßer, Steyr, Keplerstraße 22, wird zugestimmt. Die Veräußerung der Liegenschaft erfolgt in dem Zustand, wie sie derzeit liegt und steht, unter Übernahme der bestehenden Mietrechte durch die Käufer, welche die Liegenschaft zu eigenen Wohnzwecken zu verwenden haben. Sämtliche Adaptierungen des Hauses gehen zu Lasten der Käufer, ebenso die Kosten des Liegenschaftserwerbes und die Hälfte der Schätzungskosten.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu diesem Antrag meldet sich Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Meine Fraktion hat diesem Antrag in der letzten Stadtsenatsitzung die Zustimmung verweigert. Wir werden auch dieselbe Haltung heute bei diesem Beschluß einnehmen, bin aber doch berechtigt, Ihnen die entsprechenden Erklärungen hier abzugeben. Es war in der Stadtsenatsitzung vom 6. 3., wo dieser Hausverkauf in der Berggasse erstmals zur Beschlußfassung heranstand. Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt – wenn auch vorerst inoffiziell, dann offiziell – daß sich für dieses Haus zwei Interessenten beworben haben. Dabei muß ich festhalten, daß für beide Interessenten jeweils ein schriftliches Anbot vorlag. Der eine Interessent, der jetzt von Ihnen als Käufer beschlossen wird, Herr Straßer, bot für dieses Objekt 400.000,- S, der zweite Interessent – es ist dies die Gattin des Steyrer Rechtsanwaltes Grohs – bot für dieselbe Liegenschaft 560.000 S. Es war also ein Unterschied von 160.000 S in beiden Anboten zu bemerken. Der Amtsbericht dazumals beinhaltete unter anderem die Angabe, daß ein Schätzungsgutachten aus dem Jahre 1970 dem zugrunde lag. Auf unsere Vorstellungen in der Stadtsenatsitzung vom 6. 3. wurden die Anträge – es handelte sich ja um zwei – zurückgestellt. In der Zwischenzeit wurde unseren Vorstellungen auf ein Schätzungsgutachten neuesten Datums entsprochen. In der Stadtsenatsitzung am 10. 4. wurde wiederum dieser Grund- bzw. Hausverkauf an den Bewerber Straßer zur Beschlußfassung herangetragen. Die Tatsache ist aber nun unbestreitbar, daß sicherlich das Schätzungsgutachten aus neuerer Zeit eine höhere Summe als die ursprünglich angenommene – in dem Fall kann ich es so bezeichnen – ergab. Die Tatsache aber ist weiters, daß man in dieser Stadtsenatsitzung nur mehr davon sprach, daß ein Bewerber, eben Herr Straßer, auftritt. Der Amtsbericht dazu wurde geschrieben am 26. 3.. Ich habe in den Akten nachgesehen, die schriftliche Verzichtserklärung des zweiten Bewerbers ist mit 31. 3. datiert. Die war noch gar nicht vorhanden, als dazumals schon erklärt wurde, es wäre der Verzicht aufgetreten gewesen. Die zweite Tatsache ist aber nun, wenn – und das müßte eine Vorgangsweise für uns als Gemeinderat für die fernere Zukunft sein – öffentliche Objekte oder Gründe sicherlich in einem entsprechenden Ausmaß, wegen 30 oder 40 m² zu verkaufenden Grundes wird niemand so unreal denken, eine öffentliche Ausschreibung zu verlangen. Aber, daß alle von der Stadt zu verkaufenden Objekte grundsätzlich öffentlich auszuschreiben sind, und zwar deswegen, weil wir als die Vertreter der Stadt in diesem Gemeinderat doch dafür Sorge zu tragen haben, unser in Verwaltung übereignetes Gut sorgsam zu verwalten, aber auch sorgsamst, wenn es sein muß, zu verkaufen. Aus diesen Überlegungen heraus hat meine Fraktion im Stadtsenat beantragt, auf Grund dieses Schätzungsgutachtens eine öffentliche Ausschreibung vorzunehmen. Es könnten unter Umständen andere Bieter, die an diesem Objekt ein dementsprechendes Interesse gehabt haben, logischerweise auch den Ertrag für die Stadt Steyr auf diese Art

und Weise vergrößern. Diesem Antrag auf öffentliche Ausschreibung ist nicht zugestimmt worden und wir haben dabei eben den zur Beschlußfassung heranstehenden Antrag negativ beschieden. Ich verweise aber auf eines und das ist unsere ursächlichste und ur-eigenste Aufgabe als Gemeinderat der Stadt Steyr, daß in unserem Statut im Paragraph 54 Abs. 1, betreffend das Vermögen, steht: "Das Vermögen der Stadt ist möglichst ohne Beeinträchtigung der Substanz zu erhalten. Es ist pfleglich und entsprechend seiner Zweckbestimmung nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu verwalten, wobei beim ertrags-fähigen Vermögen der größte dauernde Nutzen gezogen werden soll". Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist durch den von Ihnen heute zu beschließenden und wahr-scheinlich zu beschließenden Antrag nicht dafür gesorgt, daß den statutengemäßen Be-stimmungen entsprochen wird. Das könnte einzig und alleine eine öffentliche Ausschreibung – nicht nur hier, sondern auch in fernerer Zukunft – bewirken. An einer Beschlußfassung, die nicht den Bestimmungen unseres Statutes in allen Möglichkeiten entspricht, einer sol-chen Beschlußfassung schließen wir uns nicht an. Wir wollen auch nicht dabei mitwirken, wenn Sie heute einen Beschluß fassen, den man eventuell unter den Begriff Protektionismus einordnen wollte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung zu diesem Antrag? Der Referent möchte ein Schlußwort geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich möchte zu den Ausführungen des Kollegen Fritsch noch einiges sagen. Es wurde im Stadtsenat eine Schätzung verlangt, diese wurde durchge-führt und nachher erfolgte die öffentliche Ausschreibung. Ich darf sagen, daß bereits vor der schriftlichen Verzichtserklärung der Familie eine mündliche gegenüber dem Herrn Bürgermeister vorgelegen hat. Außerdem möchte ich anführen, ob es sehr zweckvoll und sinnvoll ist, wenn man die Probleme der Familie Grohs in derartigem Maß, wie das durch diese Aktionen geschehen ist und durch diese Veröffentlichungen, daß man diese privaten Angelegenheiten einer Familie derart in die Öffentlichkeit zerzt. Ob das sehr sinnvoll ist, ist zu bezweifeln. Das möchte ich hier sagen. Ich glaube nicht, daß man der Familie Grohs damit einen sehr großen Dienst erwiesen hat. Außerdem darf ich sagen, daß die Familie Grohs ja ein Haus in der Sierninger Straße von uns erhalten hat, das entsprechend adap-tiert wird und hier auch der entsprechende Beschluß vorliegt. Außerdem hat die Frau Grohs jetzt auch auf Grund unserer Vermittlung in St. Ulrich für den Zweck, für den sie das Haus benötigt hätte, ebenfalls ein Haus erhalten. Wir haben uns also weiterhin einge-schaltet und diese Angelegenheit ist für die Familie Grohs entsprechend geregelt. Das wollte ich anführen.

Kollege Fritsch hat gesagt, daß wir unsere Liegenschaften wirtschaftlich zu verwalten haben und im Sinne der Öffentlichkeit die Verwaltung durchführen sollen. Es scheint mir gerade als Denkmalschützer – Du bist ja der zuständige Referent – daß Du in diesem Zu-sammenhang nicht die Interessen der Stadt, die wir alle wieder betonen, nämlich die Re-vitalisierung der Altstadt, hier im Vordergrund ist. Ich sehe das so und zwar deswegen, weil wir wissen

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

160.000 S!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die 160.000 S sind ein Betrag, das ist richtig wägen niemals die Benützung auf, die von der Familie Straßer sicher gewährleistet ist. Viele von uns kennen die Familie Straßer und wissen auch ihre Einstellung. Ich glaube, das muß man auch berücksichtigen, was für eine Einstellung der, der das Haus saniert, zur Altstadtsanierung, zur Revitalisierung der Altstadt hat. Diese Einstellung kennen wir bei der Familie Straßer sehr gut.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Du sprichst das also der Familie Grohs ab?

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nein, das spreche ich ihr nicht ab, ich kenne es zwar bei der Familie Grohs nicht, aber bei der Familie Straßer kenne ich das. Deswegen glaube ich, daß da in keinsten Weise von einer Bevorzugung zu sprechen ist, sondern daß im Sinne unserer Intentionen für eine Verbesserung und Revitalisierung und Belebung der Altstadt hier gehandelt wurde. Schließlich ist hier kein Geschenk gemacht worden, der Verkauf ist auf Grund einer amtlichen Schätzung vorgenommen worden. Wenn das irgend etwas mit Protektion zu tun hat, dann weiß ich nichts mehr. Das ist sachlich alles 100 %ig in Ordnung, ich verstehe die Aufregung über diese Dinge überhaupt nicht. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich danke für den Schlußbericht. Die Antragstellung liegt vor. Ich bitte Sie, wer mit dem Antrag einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit 8 Gegenstimmen (ÖVP-Fraktion) angenommen. Danke. Wir schreiten zum nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag wird Ihnen vorgeschlagen, dem Abverkauf weiterer Grundparzellen in der Waldrandsiedlung die Zustimmung zu geben.

7) Bau3-2827/75

Abverkauf von Grundparzellen in der Waldrandsiedlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 3. 4. 1980 wird der Abverkauf folgender Grundparzellen in der Waldrandsiedlung zu den durch den Gemeinderat am 17. 5. 1977 festgelegten Verkaufsbedingungen genehmigt:

ÖAG-884/80	Rienösl Wolfgang, Keplerstraße 8, 4400 Steyr	GP 872/19	904 m ²
ÖAG-1540/80	Forster Manfred und Silvia, Roseggerstraße 8, 4400 Steyr	GP 872/23	596 m ²
ÖAG-1653/80	Niemiec Lieselotte, Sebekstraße 11, 4400 Steyr	GP 854/13	643 m ²

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen zum Antrag? Enthaltungen? Ebenfalls nicht, der Antrag ist angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um:

8) GHJ2-1801/80

Haus- und Betriebsordnung für den Stadtsaal Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. März 1980 wird die in der Anlage beigeschlossene Haus- und Betriebsordnung für den Stadtsaal Steyr genehmigt und als Verordnung erlassen, wobei die Kundmachung dieser VO gem. § 44 der Haus- und Betriebsordnung durch deren Anschlag an der Amtstafel im Rathaus der Stadt Steyr in der Dauer von 2 Wochen erfolgt.

Ich bitte Sie auch zur Kenntnis zu nehmen, daß der § 31 auf Grund der Diskussionen ausgetauscht wurde auf Grund der Diskussionen, die in den Vorberatungen stattgefunden haben. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Ich bitte Sie, nachzusehen, denn es ist ein Blatt ausgetauscht worden. Die neue Textierung gilt nun bei der Antragstellung. Im Stadtsenat wurde diese Frage behandelt und beschlossen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

Eine gegenteilige Meinung oder Enthaltungen? Es sind keine vorhanden, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag lautet:

9) ÖAG-4182/73

Hotelbau in Steyr; Abgabe einer Option.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Abgabe einer Option zwecks Errichtung eines Hotels in Steyr auf dem Grundstück 134 Garten, EZ 221, Kat. Gem. Steyr, an die Interessensgruppe Dr. Hannes Gabriel, Dr. Horst Hoskovec als Vertreter von Dipl. Ing. Erich Sulke und der Bau-Aktiengesellschaft "Negrelli" nach Maßgabe vorstehenden Amtsberichtes wird zugestimmt.

Ich bitte hier um positive Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Meinungsäußerung? Das ist nicht der Fall. Ich darf hier annehmen, daß keine Gegenstimme erfolgt. Es gibt auch keine Enthaltungen, der Antrag ist somit einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um ein Jubiläumsgeschenk, das an die Mitarbeiter der Stadtgemeinde anlässlich der 1000-Jahr-Feier gegeben wird. Ich glaube, ich kann mir auch hier nähere Details ersparen, es wurde vor diesem Forum in der letzten Informationssitzung sehr ausführlich gesprochen. Auf die "Würdigung" in der Presse brauche ich auch nicht näher einzugehen und ich will nur den entsprechenden Antrag zum Vortrag bringen:

10) Präs-255/80

1000 Jahre Steyr; Jubiläumsgeschenk an die Mitarbeiter der Stadtgemeinde.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Mitarbeitern der Stadtverwaltung Steyr wird eine Remuneration anlässlich des 1000-jährigen Jubiläums und der organisierten Stadtverwaltung nach Maßgabe der Ausführungen des Amtsberichtes der Mag. Direktion vom 16. 4. 1980 zuerkannt.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Über das Thema, das diesem Antrag zugrunde liegt, ist schon sehr viel gesprochen und diskutiert worden. Gestatten Sie mir aber trotzdem, daß ich aus der Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion dazu Stellung nehme und ein paar Sätze dazu sage.

Man kann zweifelsohne diese Jubiläumszuwendung von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten. Das ist auch bereits geschehen, denn es wurde seitens der Presse, seitens vieler Bürger der Stadt Steyr, seitens der Öffentlichkeit Meinungsäußerungen in der Form kundgetan, daß man es einfach nicht verstehen kann, daß einerseits der Schuldenberg der Stadt Steyr immer größer wird, daß gerade erst vor kurzer Zeit eine Gebührenerhöhung in eklatantem Ausmaß stattgefunden hat und daß man andererseits etwa 5 Mill. dafür aufwendet, um eine derartige Zuwendung zu ermöglichen. Das ist eine sicherlich gerechtfertigte Kritik bis zu einem gewissen Maß. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß gerade die freiheitliche Gemeinderatsfraktion immer von Einsparungsmaßnahmen gesprochen hat und dies auch in Zukunft tun wird. Ich möchte hier nicht ins De-

tail gehen, denn es ist auf Grund der Protokolle ersichtlich, daß, wenn wir von Einsparungsmaßnahmen gesprochen haben, wir klare Vorstellungen vorgebracht haben. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß es in der Privatwirtschaft durchaus üblich ist, auf Grund von besonderen Anlässen eine finanzielle Zuwendung den Mitarbeitern zuzugestehen. Natürlich wird es in den meisten Fällen nur dann möglich sein, wenn der Betrieb auf Gewinn ausgerichtet ist. Trotzdem, so glaube ich, kann man nicht allen jenen Betroffenen die Zuwendung deswegen absprechen, weil sie in einem Betrieb beschäftigt sind, der nicht auf Gewinn ausgerichtet ist. Eines, glaube ich, muß man auch berücksichtigen, daß die Betroffenen, die diese Zuwendung erhalten sollen, auf Grund dieser Tausendjahrfeier ein beträchtliches Pensum an Mehrarbeit erledigt haben und im Laufe des Jahres 1980 noch erledigen werden müssen. Dies scheinen doch Gründe dafür zu sein, daß eine derartige Zuwendung gerechtfertigt ist. Aus diesen Überlegungen heraus werden wir seitens der Freiheitlichen Fraktion diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Liegt eine weitere Wortmeldung vor? Es ist das nicht der Fall, der Referent verzichtet auf ein Schlußwort. Wir stimmen daher ab. Ich bitte Sie, in Abetracht dieser Entscheidung, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie zustimmen? Danke. Ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit. Im Namen des Personals danke ich für diesen Beschluß.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Beide stammen aus dem Finanz- und Rechtsausschuß.

Der erste Antrag beinhaltet die Verhängung einer Bausperre, und zwar die 3. gemäß § 58 der OÖ. Bauordnung. Es ist dies ein sehr umfangreicher Antrag und ich darf mir - Ihre Zustimmung vorausgesetzt - ersparen, ihn zur Gänze zur Verlesung zu bringen. Sie sind ja über die Situation bestens informiert.

11) Bau2-2466/79

Verhängung der Bausperre Nr. 3 gemäß
§ 58 der OÖ. Bauordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verordnung:

I. Gemäß § 58 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 35/1976, wird für die im Plan des Stadtbauamtes vom 22. Jänner 1980 bezeichneten Grundflächen Nr. 1936/1, 1935/1, 1933, 1931/2 und Bfl. 1623, je Kat. Gem. Steyr, EZ. 2434, eine zeitlich befristete Bausperre verhängt.

In diesem Gebiet sit die Umwidmung von Grünland in Bauland, sowie die im angeschlossenen Bebauungsplanentwurf Nr. 45/40, Zahl Bau2-7210/79, vom 11. Dezember 1979, dargestellten Baumaßnahmen (Errichtung von rund 100 Wohneinheiten) beabsichtigt. Die Bausperre hat die Wirkung, daß Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften und Baubewilligungen nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Gemeinderates, oder auf Widerruf erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, daß die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert. Die Bausperre tritt entsprechend dem Anlaß aus dem sie verhängt wurde, mit dem Rechtswirksamwerden des neuen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes bzw. der Änderung des Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes, spätestens jedoch nach 2 Jahren außer Kraft, wenn sie nicht verlängert wird.

II. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 62 des Statutes für die Stadt Steyr 1980 im Amtsblatt. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt des Magistrates Steyr durch zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Es ist dadurch möglich, für uns Steyrer die Wohnungsnot wieder etwas zu verringern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für Bericht und Antrag. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Somit stimmen wir ab. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Auch der zweite Antrag befaßt sich mit gewissen baurechtlichen Gegebenheiten, und zwar die Bebauungsplanänderung Nr. 1 im Bereich der Waldrandsiedlung. Sie kennen die Situation in diesem Bereich, daß durch geologische Untersuchungen für Aufschließungseinrichtungen in diesem Bereich sich die Notwendigkeit ergeben hat, die ursprünglich vorgesehene Parzellenform in drei Teilbereichen des Bebauungsplangebietes abzuändern. Der Antrag an Sie ist kurz und lautet:

- 12) Bau2- 561/80
Bau2-2056/68
Bebauungsplanänderung Nr. 1 -
"Waldrandsiedlung" Nr. 41/1.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bebauungsplan-Änderung Nr. 1 "Waldrandsiedlung" Nr. 41/1 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 23. April 1980 entsprechend der Planunterlage des Stadtbauamtes vom 12. November 1979 gemäß § 23 Abs. 3 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. 18/1972 i. d. g. F. in Verbindung mit § 21 Abs. 5 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. 18/1972 i. d. g. F. beschlossen. Die Kundmachung der Bebauungsplan-Änderung erfolgt nach Vorlage beim Amt der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde gemäß § 21 Abs. 5 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. 18/1972 i. d. g. F. gemäß § 21 Abs. 9 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. 18/1972, i. d. g. F. in Verbindung mit § 62 Statut für die Stadt Steyr 1980, LGBl. 11/1980, im Amtsblatt der Stadt Steyr.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Zu dem eine Wortmeldung? Es wünscht niemand zu diskutieren. Wir stimmen ab. Gibt es dazu eine Gegenstimme? Nein. Enthaltungen werden auch nicht angezeigt, somit ist der Beschluß einstimmig getroffen.
Ich danke. Nächster Berichterstatter ist Kollege Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste Akt, den ich Ihnen zum Vortrag zu bringen habe, befaßt sich mit dem BMW-STEYR-Motorenwerk, genauer gesagt mit der Erweiterung des Basis-Projekts.

- 13) Präs-486/78
BMW-STEYR-Motorenwerk - Erweiterung des
Basis-Projektes; zusätzliche Förderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Erweiterung der mit GR-Beschluß vom 12. 10. 1978 gewährten Förderung zur Errichtung eines Motorenwerkes in Steyr werden nunmehr die im vorstehenden Amtsbericht getroffenen Vereinbarungen zusätzlich genehmigt. Die Vollziehung des Beschlusses hängt von der ebenfalls beschriebenen Erweiterung auf das Gesamtprojekt und dessen Inbetriebnahme am 1. 9. 1982 ab.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Wünscht dazu jemand zu diskutieren? Es ist das nicht so. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen auch nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ich darf noch sagen, ich wurde in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung von Kollegen Treml ersucht, hier mitzuteilen, daß er für die Kommunistische Fraktion dem zustimmt mit den in früheren Ausführungen gemachten Einschränkungen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Das hat aber keine Auswirkung auf die Vollzähligkeit des Gemeinderates bei der Abstimmung, das ist nur eine Willensäußerung.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1979.

14) Buch-6900/79

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1979.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1979 von insgesamt S 12,519.700 werden genehmigt. (BEILAGE B)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Antrag steht zur Diskussion. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir stimmen ab. Wer ist dagegen? Niemand, wer enthält sich der Stimme? Ebenfalls niemand, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluß 1979 ist auch der Beschluß über die Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1979 und die Zuführung an die Rücklagen notwendig. Der Antrag an Sie lautet:

15) Buch-6900/79

Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1979 und Zuführung an die Rücklage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 28,715.171,53 wird der Betrag von S 28,715.200,- bei der VA-St. 1/9800/9100 als Zuführung des ordentlichen Haushaltes an den außerordentlichen Haushalt freigegeben.

Für die Zuführung des Betrages von S 9,274.638,54 an die Allgemeine- und Betriebsmittelrücklage wird bei der neu zu errichtenden VA-St. 1/9120/2980 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von S 9,274.700,- bewilligt.

Der ordentliche und der außerordentliche Haushalt sind somit im Anordnungssoll des Rechnungsjahres 1979 ausgeglichen.

Ich bitte auch hier um positive Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Dem ist nicht so. Wir stimmen ab. Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Auch niemand, der Antrag ist daher beschlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich nun mit dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1979. Der Rechnungsabschluß, der Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegt bzw. zur Genehmigung in der vorliegenden Form, wurde vom Kontrollamt geprüft und lag bis 11. 5. zur öffentlichen Einsichtnahme auf und es wurden keinerlei Einwände verzeichnet.

In den Zahlen ist der Abschluß nicht veränderbar und fußt auf den Beschlüssen, die der Gemeinderat im Jahre 1979 zum weitaus überwiegenden Teil einstimmig getätigt hat. Gesamt gesehen ist das finanzielle Geschehen des Jahres 1979, welches der Rechnungsabschluß widerspiegelt, positiv zu beurteilen. Die Haushaltsgebarung des Jahres ist mit 529,779.625,73 in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die Entwicklung der Einnahmen ist durchaus positiv, wengleich auch die Steigerung vom Jahre 1978 auf das Jahr 1979 mit rund 18 Mill. nicht mehr die Höhe von 1977 auf 1978 mit rund 20 Mill. erreichte. Eine absolute Steigerung ist bei den eigenen Steuern von 7,5 % im Jahre 1978 auf 8,9 % im Jahr 1979 eingetreten. Hingegen ist die Steigerung der Abgabenertragsanteile vom Jahr 1978 auf 1979 mit 4,8 % geringer als vom Jahr 1977 auf 1978 mit noch 9,6 %. Die Ausgabenentwicklung im vergangenen Jahr zeigt im gesamten Haushalt mit rund 378 Mill. eine Steigerung von 28,8 Mill. gegenüber 1978 an, wobei eine Steigerung bei den Investitionen gegenüber 1978 von 33,8 % auf 38,7 im Jahre 1979 vor allem zu erwähnen ist. Von den gesamten Ausgaben wurden 28,7 Mill. dem außerordentlichen Haushalt zugeführt, das sind 7,6 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gegen 10 % 1978 und 12,7 % im Jahre 1977. Die Gesamtausgaben im ordentlichen Haushalt betragen rund 350 Mill.S. Erfreulichstes Merkmal dieses Rechnungswerkes ist, daß aufgezeigt wird, daß der Personalstand nur geringfügig vermehrt wurde und daß der Prozentanteil der Personalkosten von 28,5 % der Gesamtausgaben im Jahre 1978 auf 26,1 im Jahre 1979 gesunken ist.

Der Zuschußbedarf in den einzelnen Verwaltungszweigen stellt Pflichtausgaben dar und bedarf, soweit nicht gravierende Veränderungen oder Erhöhungen zu verzeichnen sind, keiner besonderen Erwähnung. Eine herausragende Ausnahme ist z. B. beim Zuschuß zum Altersheim um 2,6 Mill. gegenüber 1978 auf 5,8 Mill. S zu berichten.

Der Zuschußbedarf der nettoveranschlagten Unternehmungen in der Höhe von 5,6 Mill. S für Stadtbad, die Kunsteisbahn und die Verkehrsbetriebe führt uns noch einmal die Notwendigkeit der Tarifkorrektur, welche wir im heurigen Jahr vorgenommen haben, vor Augen.

Die Ausgaben im aoH erreichen den Betrag von 151,7 Mill. Der aoH fand seine Deckung durch die zuvor beschlossene Zuführung aus dem oH in der Höhe von 28,7 Mill., einer Rücklagenentnahme von 1,6 Mill. S, durch Grundveräußerungen in der nicht unbeträchtlichen Höhe von 13,5 Mill. und durch Zuweisungen von 25,7 Mill. S.

Ich möchte hier am Rande bemerken, daß diese Zuweisungen nicht automatisch in die Kasse geflossen sind, sondern seitens der hierfür Zuständigen, insbesondere durch den Herrn Bürgermeister und seine Bemühungen, für uns zum Tragen gekommen sind.

Letzten Endes aber war doch noch eine Kreditaufnahme um 80,5 Mill. notwendig. Insgesamt betrug die Darlehensaufnahme im Jahre 1979 88,884.000 S. Unter der Berücksichtigung der Tilgung in der Höhe von 5,286.661,- betrug die Verschuldung der Stadt am Jahresende 274,661.102,- S.

Die Tilgung und der Zinsendienst in der Höhe von 18,462.684,- machen den jährlichen Schuldendienst von 23,749.346,- S aus.

Die Darlehensforderungen betragen bei Berücksichtigung von 3,3 Mill. neu gewährter Darlehen am Ende des Jahres 172,9 Mill.

Die Verwaltungsforderungen, welche im wesentlichsten aus Stundungen und Ratenzahlungen für Grundankäufe bestehen, 66,492.955,- gegen 48,046.709,- im Jahr 1978.

Der Rücklagenstand stieg durch die kurz vorher beschlossene Erhöhung von 7,014.446,- auf den Betrag von 20,013.915,-.

Am Ende sei noch die ziffernmäßig immer mehr ins Auge fallende Summe der Haftung der Gemeinde für die GWG der Stadt in der Höhe von 2,3 Mill. S, vor allem aber in der Höhe von 25,6 Mill. für Darlehen an den Reinhaltverband zu erwähnen. Außerordentlich gering ist die Summe der im ordentlichen Haushalt nicht mehr zur Ausführung gelangten Aufträge in der Höhe von 1,2 Mill. Hingegen reichen nicht ausgeführte Bestellungen aus dem Jahr 1979 mit der Summe von 48,8 Mill. weit in die Gebarung des Jahres 1980 hinein. Der Jahresabschluß 1979 zeigt die finanziellen Schwerpunkte in Form von stark überhöhten Ansätzen gegenüber normalen Haushaltsrechnungen auf. Die kann man nur im Zusammenhang mit der Vorbereitung der 1000-Jahr-Feier der Stadt sehen. Ein Beispiel dafür ist der Ansatz in der Gruppe Kunst und Kultur mit 53,7 Mill. S. Ein finanzieller

Schwerpunkt war auch der Straßenbau mit einer Gesamtsumme von 38,7 Mill., wobei zu erwähnen ist, daß hier auch der Brückenbau mit 16,5 Mill. inkludiert ist. Also eine Maßnahme einer Strukturverbesserung, deren Notwendigkeit immer außer Zweifel gestanden ist.

Mit Ausgaben im aoH von rund 152 Mill. S und der sich daraus ergebenden Kreditaufnahme von 80,5 Mill. ist eine Spitze erreicht worden und ich glaube, daß die Wiederholung nicht so schnell in dieser Höhe möglich sein sollte, sollten nicht Mehreinnahmen in beträchtlicher Höhe zur Verfügung stehen, was aber in nächster Zukunft nicht zu ersehen ist. Ich muß Ihnen sagen, ansonsten würde in wenigen Jahren die Finanzlage der Stadt, die sich derzeit in einer angespannten, aber durchaus gesunden Situation befindet, eine sehr triste sein.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach diesen kurzen Betrachtungen über den Haushalt des Jahres 1979, lassen Sie mich den Antrag an Sie verlesen:

16) Buch-6900/79

Rechnungsabschluß 1979.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1979 wird genehmigt.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Antrag und die Bekanntgabe dieser Information. Eine Wortmeldung liegt vor von Herrn Gemeinderat Holub und von Herrn Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Verlockend wäre es jetzt, meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium, die Differenzen, die sich im vorigen Jahr aus dem einen oder anderen Ansatzpunkt zweifellos ergeben haben, erneut aufzurollen. Man könnte da recht schön das eine oder andere Thema wiederholen. Zum Teil haben sich ja Erledigungen ergeben. Ich erwähne nur das Wort Musikschule, weil ich das noch fast jedes Mal machen konnte, wenn ich zu irgend welchen Budgetsituationen der Stadt Stellung genommen habe im Namen meiner Fraktion.

Die Ausführungen des stadträtlichen Referenten waren so umfangreich, daß ich es als vermessen empfinden würde, einzelne Zahlen noch einmal aneinander zu reihen. Ich hielt es auch nicht für sehr sinn- und zweckführend, einzelne Ansatzpositionen miteinander zu vergleichen, denn schließlich und endlich Zahlen rechnen können wir alle hier im Gemeinderat und wir wissen ohnehin, was wir beschlossen haben.

Der Rechnungsabschluß allerdings führt uns sehr deutlich vor Augen, wozu es geführt hat, was wir beschlossen haben, nämlich, wie schon Herr Stadtrat Fürst in seiner Berichterstattung anführte, zu einer zunehmenden Anspannung der Finanzsituation der Stadt. Lassen Sie mich jetzt ausnahmsweise nicht ein Jahr mit sich selbst vergleichen, sondern immer zwei Jahre. Durch die Investitionstätigkeit der Stadt, die in Anbetracht des im vergangenen Jahr bevorstehenden und nunmehr stattfindenden Jubiläumsjahres ja zweifellos notwendig waren, haben sich die Darlehensaufnahmen in Summe auf 80,9 Mill. erhöht. Also 80,9 Mill. mußte die Stadt am Kapitalmarkt besorgen, um ihre Vorhaben tätigen zu können. Meine Damen und Herren, als Vergleich dazu die Zahl aus 1978. Dort haben wir mit Darlehensaufnahmen von 22,7 Mill. das Auslangen gefunden. Diese Entwicklung spiegelt sich zweifellos wider in der Entwicklung der Rücklagen, wo im Jahr 1978 den Rücklagen 2,7 Mill. S entnommen werden konnten, während im Jahr 1979 13 Mill. zum Ausgleich zugeführt werden mußten. Auch das muß uns zu denken geben, wenn wir an die kommenden Jahre denken. Diese Entwicklung werden wir, wie Stadtrat Fürst schon erwähnt hat, auf Dauer nicht durchstehen können. Das wird also bedeuten, daß wir bei allen Ecken und Enden uns überlegen müssen, ob die eine oder andere Ausgabe gerechtfertigt ist. Interessant habe ich gefunden die Entwicklung der Gesamteinnahmen im oH, die annähernd linear war, wir haben also um ungefähr die gleiche Steigerung mehr im oH eingenommen als im abgeschlossenen Rechnungsjahr und bedauerlicherweise dem aoH daraus weniger zuführen können als im vergangenen Jahr. Im Jahr 1978 war die Zuführung zum aoH - das

ist die Finanzierung der sonstigen Vorhaben der Stadt, das Einzige, in dem die Stadt flexibel ist - 34,9 Mill., im Jahr 1979 konnten dem aOH allerdings nur mehr 28,7 Mill. S zugeführt werden, was notwendigerweise und logischerweise zu der erhöhten Darlehensaufnahme von 80,9 Mill. führte. Diese Darlehensaufnahme spiegelt sich natürlich wider in den Darlehensschulden, die die mittlerweile schon ganz erkleckliche Höhe von 274, nicht ganz 275 Mill. S erreichten, im Jahre 1978 bewegten wir uns noch unter der 200 Mill-Schwelle und das bei einem Haushalt, der nicht so wesentlich gestiegen ist in seiner Einnahmenseite.

Interessanterweise, trotz der erhöhten Aufnahme von Darlehen, trotz des Zuwachses des Darlehensvolumens, ist der Schuldendienst geringer geworden. Der Schuldendienst, das wissen Sie ja alle, ist der Betrag, der an Zinsen und Darlehensrückerstattung durch die Stadt geleistet wurde, betrug im Jahr 1978 25 Mill., also genau 25,158, im Jahr 1979 allerdings nur 23,749, also aufgerundet 24 Mill. Interessanterweise ist der Zinsenanteil, der in diesem Schuldendienst enthalten ist, zu vergleichen. Im Jahre 1978 zahlten wir 15,5 Mill. S an Zinsen, im Jahre 1979 schon 18,4 Mill. Zinsen. Wohin sich das entwickelt, werden wir unschwer erkennen können, wenn wir wieder den Vergleich anstellen, die Darlehensaufnahme aus 1978 22 Mill. und die Darlehensaufnahme aus 1979 mit fast 81 Mill. Dies wird uns natürlich in den nächsten Jahren in finanzieller Hinsicht ganz enorm auf den Kopf fallen. Es wird sich aber die Schere nicht sehr weit öffnen können, weil wir zur Darlehenstilgung verpflichtet sind. Es wird der Stadt und ihren Verantwortlichen mit hoher Wahrscheinlichkeit noch das eine oder andere Sorgenfältchen aufziehen, wenn man daran denken muß, aus welchen Mitteln denn die Darlehenstilgung stattfinden wird. So notwendig es ist, daß wir diverse betriebsfördernde Maßnahmen an die Steyr-Daimler-Puch AG, bzw. an deren Zwillingsskind Steyr-BMW, machen, aber es wird unsere Stadtfinanzen belasten. Es wäre sehr schön, wenn die Bundesobrigkeit dieses Vorhaben in Steyr, das uns Steyrern so sehr am Herzen liegt, ähnlich großzügig fördern täte, wie sie in Wien die "Spendierhosen" an hat. Es heißt ja schon ein altes Lied "Wien, Wien nur du allein", oder aber mit anderen Worten "wir san die Hausherren"!

Die Darlehenstilgung war von 9,6 Mill. im Jahre 1978 rückläufig auf 5,2 Mill. im Jahre 1979. Daraus werden wir, so denke ich, nicht den Schluß ableiten können, daß es alle Jahre weniger werden wird, ich denke das wird sich in den nächsten Jahren ganz gewaltig verändern. Wir werden zusammen sehr sorgsam die Finanzen der Stadt beobachten müssen. Ein Wort noch zur Vermögensrechnung, die auch einen sehr interessanten Aspekt ergibt. Wenn Sie nämlich die Dynamik der Reinvermögensminderung der Stadt beachten. Im Jahre 1978 verminderte sich das Reinvermögen um rund 5,5 Mill. S, im Jahre 1979 allerdings schon um 30,5 Mill. S. Das ist eine Geschwindigkeit, die es gelten wird, mit sehr sorgfältig gesetzten Maßnahmen zu bremsen, wobei mir vollkommen bewußt ist, daß die Schwierigkeit sein wird, daß verschiedene Ausgaben der Stadt durchaus betriebsbelebende Charakteristika aufweisen. Das sei durchaus nicht abdiskutiert.

Die Schere zwischen den eigenen Steuern und dem Anteil der Bundesertragsanteile am Haushalt unserer Stadt beweist die Richtigkeit der Unterstützung der Wirtschaft hier in unserer Stadt. Daß die Finanzsituation angespannt ist, wurde schon mehrfach erklärt und ich hoffe, daß es aus meinen Ausführungen auch ein bißchen ersichtlicher wurde, denn ich denke, daß man nicht nur ein Jahr in finanzieller Hinsicht betrachten kann, sondern Entwicklungen, Wege aufzeigen in die Zukunft, die uns nicht immer gefallen müssen. Zum Zuschußbedarf in den Betrieben Bädern usw., der von Herrn Stadtrat Fürst angezogen wurde - dazu diente die Rechtmäßigkeit der Tarifierhöhungen - das nehme ich im Namen meiner Fraktion in dem Umfang zur Kenntnis, als wir an Ihren Beschlüssen teilnahmen oder auch nicht.

Wir werden selbstverständlich dem Rechnungsabschluß als reines Zahlenwerk die Zustimmung geben. Im übrigen erlaube ich mir, im Namen meiner Fraktion der Beamtenschaft das Kompliment für den Geschwindigkeitsrekord im Erstellen des Rechnungswerkes auszudrücken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Das Lob wird weitergeleitet von denen, die hier anwesend sind. Als nächster Sprecher Herr Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eine ganz kurze Stellungnahme abgeben, um hier die Sitzung nicht zu verlängern. Wir stimmen dem Rechnungsabschluß 1979 zu, vorbehaltlich jedoch jener Summen und Anträge, die wir im Jahre 1979 abgelehnt haben und die wir im Stadtsenat nicht mitverfolgen konnten.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Ich bitte Kollegen Schwarz, kurz den Vorsitz zu übernehmen. Ich glaube, zu diesem Punkt muß ich auch ein paar Worte sagen. Nicht um die Sitzung zu verlängern, sondern um ein paar Aufklärungen geben zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluß 1979 ist ein sehr wichtiges Rechnungswerk nicht nur was die Zahlen betrifft, sondern auch was unsere Entscheidungen anbelangt, die wir im betreffenden Rechnungsjahr getroffen haben. Ich kann nur das gleiche bestätigen, wie unter anderem Herr Gemeinderat Holub, daß die steigende Darlehensaufnahme natürlich auch der Gemeinde vermehrte Lasten auferlegt. Umsomehr muß ich aber auch sagen, ich fühle mich hier voll mitverantwortlich für alle diese Entscheidungen, die hier beantragt wurden und auch für die Lasten, die wir gemeinsam tragen. Eines steht natürlich fest, das Jubiläumsjahr 1980 hat nicht nur Mehrkosten in unserem Bereich verursacht, sondern hat eine immense Aktivität und Mobilität aller Kreise in Steyr hervorgerufen, wo durch zusätzliche wirtschaftliche Impulse auf verschiedenen Gebieten, auch in Richtung Fremdenverkehr, aufgetreten sind, Impulse, die wir nur begrüßen können.

Eines muß man noch hinzufügen, daß wir zu dieser erhöhten Darlehensaufnahme gezwungen waren, weil dieses Jubiläumsjahr diese Aktivitäten verlangt hat, und diese Aktivitäten wieder zu vorgezogenen Investitionen seitens der Stadt Steyr geführt haben. Ich bin überzeugt, hätten wir als Gemeinderat vor etwa 5 Jahren nicht das Jahr 1980 zum Jubiläumsjahr deklariert, wären manche Investitionen, manche Entscheidungen, die die Stadt beleben, die der Stadt generell dienen, unter Umständen unterlassen worden und es wäre eben normal weiter gegangen. Wir können nur froh sein, daß wir durch diese damalige Entscheidung diese Bewegung auszulösen vermochten. Ich darf noch verweisen, daß die Wirtschaftsförderungen unsererseits, abgesehen von der Förderung für das Steyr-BMW-Motorenwerksprojekt ja noch andere Fremdenverkehrsbereiche betroffen haben, Mader-Viertler. Wir haben auch bei der Firma Sommerhuber größtes Interesse bekundet, diese Firma hier in Steyr zu behalten und nicht in eine Umlandgemeinde abwandern zu lassen. Daher glaube ich ist es berechtigt, im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß 1979 noch auszusagen, daß wir jetzt um so mehr veranlaßt sein müssen, genaue Prüfungen aller weiteren Wünsche, die an uns herankommen, vorzunehmen, eine gewisse Einbremsung auf Normalverhältnisse auch zu sehen, um wieder in eine Bahn zu kommen, die Normaljahren entspricht.

Ich komme aber nicht umhin, abschließend zu meinem Beitrag noch einige Zuschriften zu erwähnen, die auch wieder erfreuliche Seiten in sich bergen. Zum Beispiel habe ich hier das Schreiben vom Vorsitzenden der BMW-Steyr-Motorenwerksgesellschaft, Volker Doppelfeld, wo in der Textierung ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß wir sehr wohl bedacht sind auf die Finanzen der Stadt. Die Vertretung, der Vorstand, hat bei einem Gespräch mit uns Mehrkosten begehrt bei der Aufschließung von 17 Mill. S, also von 15 auf 32 Mill., verlangt. Wir haben dort zu einer anderen Lösung gefunden, wie Ihnen aus der Informationssitzung bekannt ist, das wird hier schriftlich bestätigt. Wir sind zum ursprünglichen Thema unseres Gespräches nicht zu einer gemeinsamen Auffassung gekommen, dennoch möchte ich betonen, daß wir in der Entscheidung, ein weiteres Jahr auf

die Lohnsummensteuer zu verzichten, und unserer Gesellschaft keine Anschlußgebühren für die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu berechnen, eine akzeptable und erfreuliche Ersatzlösung sehen. Wir danken Ihnen hiefür ausdrücklich. Ein entsprechender Aktenvermerk wurde inzwischen formuliert und unterzeichnet. Das heißt, wir haben uns mit dieser Ersatzlösung, wie sie genannt wird, beträchtliche Mehrkosten erspart und eine klare Lösung im Sinne unserer Ursprungsentscheidungen, betreffend die 15 Mill., gesichert.

Ich möchte weiter noch hinzufügen, es betrifft das heurige Jahr, wir versuchen immer, auf allen Wegen, bei allen Instanzen des Bundes und des Landes, zusätzliche Mittel, Subventionen, verlorene Zuschüsse und sonstige günstige Darlehen hereinzubekommen. Ich kann Ihnen hier ein Schreiben von Ende März von Sektionschef Dr. März zur Kenntnis bringen, in dem er mitteilt, daß Bundesminister Dr. Sinowatz der Stadt Steyr für das Kulturzentrum für jeweils drei Jahre je eine halbe Million Schilling gewährt. Der erste Betrag wird noch heuer ausbezahlt. Immerhin sind das 1,5 Mill. Schilling, wenn auch aufgeteilt auf drei Jahre.

Etwas noch Erfreulicherer kommt aus einer Nachricht von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl hervor, in seiner Funktion als Referent für Gemeindewesen in der Landesregierung. Hier wird die seinerzeitige mündliche Zusage bestätigt, wonach bereits in der Regierungssitzung vom 14. April einstimmig beschlossen wurde, der Stadt Steyr im Jahr 1980 folgende Bedarfszuweisungen zu gewähren: 2 Mill. S für den Um- und Ausbau des neuen Theaters, 1,5 Mill. für das alte Stadttheater, 3 Mill. für den Bau des Stadtsaales, 1 Mill. für den Bau der Enns- und Steyrbrücke, 1,5 Mill. für den Fußgängerübergang Märzenkeller, 2 Mill. für die Aufschließung der Waldrandsiedlung, 2 Mill. für die Aufschließung von Industriegründen und weitere 2 Mill. S für den Kanal in der Schumannstraße. Das sind 15 Mill. insgesamt. Wenn wir die übrigen Beträge noch rechnen vom Bundesministerium, haben wir für heuer 15,5 Mill. in der Tasche, Beträge, die in unserem Budget nicht vorgesehen werden konnten, da wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht wußten, ob wir mit diesen Zusagen rechnen können bzw. lagen sie teilweise nicht einmal mündlich vor. Sie sehen also, daß hier auch erwähnt werden muß, daß wir bei unsen Vorschauen für das Rechnungsjahr die gegebene Situation berücksichtigen müssen, uns aber zwischen- durch laufend bemühen, von anderen Stellen finanzielle Hilfen zu bekommen. Es ist sicher schätzenswert, wenn von solchen Beträgen gesprochen werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Kollege Holub hat mir einen Ball zugeworfen: "Rechnen können wir auch!" Das habe ich nie bezweifelt, aber Sie werden mir wohl gestatten, daß ich mich als Finanzreferent verpflichte, Zahlenvergleiche anzustellen und Folgerungen daraus aufzuzeigen, ohne daß ich durch die Blume andeuten könnte, es könnte einer der hier Anwesenden nicht dasselbe tun, aber ich betrachte es eben als meine Aufgabe. Es hat aber Kollegen Holub nicht daran gehindert, umso kräftigere Zahlenvergleiche anzustellen, obwohl wir auch rechnen können. Ich kann

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Was soll denn das?

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

nur das eine sagen, es tut mir sehr leid, daß er verschiedentlich zurückgreifen und sagen mußte, dieser oder jener Vergleich wurde schon gemacht. Das sind eben so

die kleinen Mätzchen.

Im übrigen darf ich Herrn Bürgermeister bitten, die Abstimmung durchführen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich kurz unterbrechen. Ich habe eine Million unterschlagen, die von Herrn Landesrat Trauner beim letzten Besuch zugesichert wurde und inzwischen bereits schriftlich bestätigt ist. Es sind also nicht 16,5 sondern 17,5 Mill. S.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Vor der Abstimmung sei mir vielleicht noch ein Zwischenruf gestattet!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Nach dem Schlußwort des Referenten ist es laut Statut nicht gestattet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe den Vorsitzenden gefragt, und dieser wird mir die Antwort geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn ich Zahlen im Gemeinderat als Mandatar bringe zum Vergleich dann geschieht das nicht in der Absicht, an jemandem Ehrabschneidung zu üben, sondern meine Aufgabe als Vertreter hier in der Stadt auszuführen. Herr Stadtrat, bitte nehmen Sie das zur Kenntnis!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Wir sind immer bereit, Standpunkte zur Kenntnis zu nehmen, wenn Sie richtig sind.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Sie waren ja nicht unrichtig.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist kein Grund zur Aufregung. Es war bisher die Diskussion sehr sachlich und ohne jede Emotion.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Damit ist der Rechnungsabschluß einstimmig genehmigt.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche Herrn Bürgermeister, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke, ich führe die Sitzung weiter und bitte den Berichterstatter um den Vortrag der weiteren Punkte.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Die nächsten Anträge befassen sich mit der finanziellen Sicherung des Jahres 1980 und ich darf Ihnen zunächst folgenden Antrag unterbreiten:

17) Ha-6009/79

Ha- 234/80

Aufnahme von Darlehen bei der OÖ. Volkskreditbank und
Österreichischen Creditinstitut AG.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme folgender Kommunaldarlehen und zwar:

1) von S 10,000.000,- zu einem Zinssatz von 8,5 % und einer Laufzeit von 25 Jahren bei der OÖ. Volkskreditbank,

2) von S 10,000.000 und einer Verzinsung von 8,5 % und einer Laufzeit von 25 Jahren bei der Österreichischen Creditinstitut Aktiengesellschaft.

wird zugestimmt.

Die Festlegung der übrigen Darlehensbedingungen anlässlich der Unterfertigung der Schuldurkunde bleibt in Anlehnung an die bei derartigen Urkunden üblichen Formulierungen der Magistratsdirektion vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH, und zwar Änderung der Rückzahlungsbedingungen und Gewährung eines Mietenzuschusses.

Wie Sie alle wissen, wurden Wohneinheiten mit verschiedenen hohen Krediten finanziert und von der GWG in einem gut gemeinten Ansinnen ein Tarif erstellt, der sich für alle gleich darstellte. Das hat aber gegen das Wohnungs-Gemeinnützigkeitsgesetz verstoßen und die Prüfung hat Anlaß gegeben, diese Darlehen und deren Rückzahlung zu ändern.

Ich darf als das Gravierendste dieses Antrages herausstellen, daß dadurch die Mieter der betroffenen Wohnungen keinerlei Erhöhung der Mietzinse zu befürchten haben. Dort, wo eine Verschlechterung eintreten würde, wird der Mietenzuschuß in Höhe von 534.000 S der Gemeinde gewährt.

Der Antrag lautet:

18) Ha-7291/61

Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH;
Änderung der Rückzahlungsbedingungen und Gewährung eines Mietenzuschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA II (Stadtrechnungsamt) werden die Darlehensbedingungen für die Darlehen der Stadtgemeinde Steyr (lt. beiliegender Liste) an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH, im Betrage von S 51,745.000,- (ursprünglicher Darlehensbetrag - das Restkapitel beträgt per 31. 12. 1978 bzw. 31. 12. 1979 S 44,090.031,09) mit den in der beigefügten Aufstellung (die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet) angeführten Zinssätzen bzw. Annuitäten neu festgelegt. Fälligkeiten wie bisher 1. 1. und 1. 7. im vorhinein.

Die Annuitäten nach den nunmehrigen Darlehensbedingungen sind rückwirkend ab 1. 1. 1979 bzw. 1. 1. 1980 (lt. Liste) zu leisten.

Gleichzeitig wird ein jährlicher Mietenzuschuß in Höhe von S 534.000,- für die Wohnbauten Objekt 116, 144, 302 und 320 bis zum Ablauf der höherverzinslichen Darlehensverpflichtungen bewilligt. Für die Nachzahlungen per 1979 und 1980 wird bei der VA-St. 1/4800/7570 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1,068.000 bewilligt. Die Deckung hierfür erfolgt aus den Mehreinnahmen des erhöhten Zinsendienstes.

(BEILAGE D)

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für Bericht und Antragstellung. Die Frage an Sie, ob Sie eine Diskussion wünschen? Es meldet sich niemand, wir stimmen daher ab. Ist jemand gegen den Antrag? Nein.

Eine Enthaltung? Es wird ebenfalls keine vermerkt, somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Ich danke und bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der Verein "1000 Jahre Steyr" benötigt zur Durchführung seiner Aufgaben ebenfalls Geld und der entsprechende Antrag an Sie lautet:

19) K-1330/71

Verein "1000 Jahre Steyr"; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Antrag des Vereines "1000 Jahre Steyr" vom 13. 3. 1980 wird dem genannten Verein für das Jahr 1980 die hiefür vorgesehene Subvention im Ausmaß von

S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend)

zuerkannt.

Der genannte Betrag wird hiermit bei VSt 5/3690/7570 freigegeben.

Auch hier bitte ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Es werden keine angezeigt, somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 18. 7. 1979 wurde an die Ehegatten Viertler für den Ausbau Ihres Hotelbetriebes in Steyr eine Subvention als verlorener Zuschuß gewährt. Der Antrag lautet:

20) Ha-4541/79

Ausbau des Hotels Minichmayr; Gewährung eines Darlehens an die Ehegatten Viertler; Freigabe für das laufende Rechnungsjahr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zwecks Zuzählung des den Ehegatten Ingo und Isabella Viertler, Steyr, Haratzmüllerstraße 1 mit Gemeinderatsbeschluß vom 18. 10. 1979 zugesicherte Darlehen im Betrage von S 500.000,- wird ein Betrag von S 359.300,- bei VSt 5/7820/2420 freigegeben und gleichzeitig eine Kreditüberschreitung (überplanmäßig) von S 140.700,- bei dieser Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung erfolgt durch Darlehensaufnahme. Die Rückzahlung des Darlehens erfolgt mit 1. 7. 1981 zu den ursprüngliche Bedingungen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wünscht jemand dazu eine Diskussion? Das Thema wurde hier schon mehrmals zur Behandlung gestellt. Es meldet sich niemand und wir stimmen daher ab. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag betrifft eine Subvention an den Wirtschaftsverein Arbeiterheim. Bereits am 13. 11. 1978 hat der Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr zum Ausbau des Casinos um eine Subvention angesucht, wobei damals die Wichtigkeit, einen repräsentativen Saal in Steyr zu besitzen, besonders hervorgehoben wurde. Durch den Ausbau des Casinos hat der genannte Verein einen echten Mangel der Infrastruktur in Steyr, wie er damals noch bestanden hat, überbrückt. Parallel dazu lagen Ansuchen der Gastwirte Mader und Viertler vor, die durch gezielte Investitionen den bestehenden Mangel am Be-

herbergungssektor beheben wollten. Die genannten Gastwirte haben daher auch je S 500.000,- als verlorenen Zuschuß und S 500.000,- als Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen erhalten.

Der Wirtschaftsverein Arbeiterheim hatte den Ausbau seiner Casino-Restaurations noch nicht abgeschlossen, da es in der ersten Etappe darum ging, möglichst rasch einen Saal zur Verfügung zu haben. Nunmehr nach Errichtung des Stadtsaales müssen jedoch die noch ausstehenden Arbeiten durchgeführt werden, wozu in erster Linie die Erneuerung des gesamten Fußbodens und die Verbesserung der Saalstruktur zählen. Die Gesamtausgaben für die vom Wirtschaftsverein Arbeiterheim getätigten Investitionen betragen rund 5,8 Mill. Schilling. Derzeit besteht noch ein Schuldenstand von 2,5 Mill. S, zu dem noch die bereits geschilderten Kosten für Fußboden und Verbesserung der Saalstruktur in Höhe von S 640.000,- zuzuzählen sind.

Es muß anerkannt werden, daß die bisher getätigten Investitionen das Casino-Restaurant zu einem wertvollen Bestandteil der Steyrer Gastronomie gemacht haben. Am Veranstaaltungssektor hat das Casino auch nach der Fertigstellung des Stadtsaales seine große Bedeutung beibehalten. Nach wie vor kommt der Verein seiner Verpflichtung nach, für alle Organisationen, gleich welcher Parteirichtung, seine Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung zu stellen. In Anerkennung dieser für die gesamte Öffentlichkeit der Stadt wichtigen Einrichtungen und die getätigten und noch vorzunehmenden Investitionen soll dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim zweckgebunden ebenfalls eine Subvention von S 500.000,- und ein Darlehen von weiteren S 500.000,- gewährt werden. Die Bedienung des Darlehens hat wie folgt zu erfolgen: Die Rückzahlung beginnt mit 1. 7. 1981, wobei der Darlehensnehmerin zwei Varianten eingeräumt werden: a) sie zahlt den Betrag von S 500.000,- in drei Jahresraten zinsenlos zurück; b) sie zahlt den Betrag von S 500.000,- in fünf Jahresraten zurück, wobei die ersten drei Jahresraten zinsenlos zu entrichten sind, während für die letzten zwei Raten eine bankmäßige Verzinsung zum jeweils üblichen Bankzinsfuß ab 1. 7. 1981 zu entrichten ist. Die Darlehensnehmerin hat sich bis zum 1. 7. 1981 zu entscheiden, welche Rückzahlungsmodalität sie wählt.

Der Antrag an Sie lautet:

21) Ge-6064/78

Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr; Kredit- und Subventionsgewährung zum Ausbau des Casinos Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim Steyr wird zur Finanzierung des Ausbaues des Casinos im Sinne des Amtsberichtes eine Subvention im Betrag von S 500.000,- als verllorener Zuschuß und ein weiterer Betrag von S 500.000,- als Darlehen gewährt, wobei die Rückzahlung dieses Darlehens mit 1. 7. 1981 zu den im Amtsbericht angeführten Varianten nach Wahlmöglichkeit der Darlehensnehmerin zu erfolgen hat.

Zu diesem zwecke werden der Betrag von S 530.000,- bei VA-St. 5/7820/7760 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von S 70.000,- bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt. Weiters wird eine Kreditüberschreitung von S 500.000,- bei VA-St. 5/7820/4220 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung erfolgt durch Aufnahme von Darlehen.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Ich habe bereits zwei Wortmeldungen dazu vorliegen. Die erste seitens Kollegen Fritsch, die zweite von Herrn Gemeinderat Eichhübl. Bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Casino in allen möglichen Variationen ist hier schon des öfteren Anlaß zu Debatten gewesen. Zu Debatten, die auf sachlicher aber auch anderer Ebene sich bewegt haben. Mein grundsätzlicher Stil ist es, zu allen Dingen sachliche Beiträge zu liefern, auch

wenn man dort oder da provoziert wird. Ich werde mich also auch bemühen, hier meine Darstellung aus der Sicht der ÖVP sachlich abzugeben.

Nachdem Kollege Schuster als Politiker bereits einen Sessel verloren hat, ist es eines der größten Schwierigkeiten, die Politikern passieren können.

Spaß beiseite. Die Überlegungen zur Subvention Casino aus unserer Sicht. Es ist nicht von ungefähr gekommen, daß jetzt zwei Anträge, der vorhergehende und der jetzt zur Beschlußfassung heranstehende, in unmittelbar zeitlichem Aufeinanderfolgen eingebracht wurden. Es hat sich auch Kollege Fürst als Referent bemüht, gewisse Parallelen dabei heranzuziehen. Ich darf versuchen, diese Parallelen aus unserer Sicht zu beleuchten. Und zwar einmal die erste Überlegung. Beide namentlich vorhin Subventionierten, Viertler bzw. Mader, sind für diese ihre Vorhaben erstmals an die Stadt Steyr herangetreten und es ist erstmals ein Betrag dafür freigegeben worden. Der Wirtschaftsverein Arbeiterheim als Besitzer und Betreiber das Casinos ist bereits in der Lage gewesen, aus dem Bereich der Stadt Steyr Gelder in einer Größenordnung von insgesamt über 5 Mill. zu beanspruchen. Dies ist leicht beweisbar, denken wir an den Zeitpunkt der Ablöse des Volksskinos, Besitzer Verein Arbeiterheim, 3,6 Mill. S. Im Laufe der Zeit waren es dann 1,2 Mill. und dann noch einmal 700.000 S. Das heißt also, die Größenordnung von 5 Mill. bereits an Subventionen und anderen Zuwendungen ist gegeben. Der Wirtschaftsverein Arbeiterheim hat laut Amtsbericht für den Ausbau des Casinos Investitionen von rund 5,8 Mill. S getätigt und derzeit ist noch laut Amtsbericht ein Schuldenstand von 2,5 Mill. ausständig, wobei noch 640.000 zur Verbesserung der Saalstruktur dazu kommen. Die Begründung, meine Damen und Herren, den Schuldenstand heranzuziehen, um Subventionen zu bekommen, wäre eigentlich verlockend, in der Öffentlichkeit zu publizieren. Es könnte jeder Betrieb und jede Firma, die Schulden hat, an die Stadtgemeinde Steyr um Subventionierung herantreten, denn all das, was diese Firma letztlich macht, geschieht im Interesse der Stadt und ihrer Bürger.

Es geht aber nun weiter und ich möchte versuchen, eine gewisse Chronologie ins Auge zu fassen. Es steht im Amtsbericht, daß am 13. 11. 78 das Ansuchen, ich möchte fast sagen das Begehren, das Begehrliche, um Subventionierung, eingebracht wurde. Dieses Datum 1978 ist aus gewisser Sicht interessant. Erstens einmal wissen wir alle miteinander sehr gut noch, daß die Causa Stadtsaal transferiert in den jetzigen Bereich, wo er Gott sei Dank situiert wurde, zur Debatte stand, man also keine Entscheidung fällen wollte. Dieses Datum 1978 ist aber auch von Bedeutung im Bezug auf eine Argumentation des Kollegen Schwarz, die ich von ihm Stadtsenat bekommen habe - ich komme etwas später darauf zurück.

Ich weiß aber auch, und Sie meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion wissen es viel besser als ich, daß man ja versucht war, im Herbst 1979 bereits diese Subventionierung in der Größenordnung von 500.000 zu 500.000 in die Wege zu leiten. Es war nur ein großes Handicap dabei, das war die bevorstehende Gemeinderatswahl. Aus dieser Sicht heraus haben Sie sich - das sage ich bewußt - nicht getraut, mit diesem Antrag herauszukommen, weil Sie doch die Reaktionen der Wählerbevölkerung diesbezüglich gescheut hätten. Sie haben also ein gewisses Unbehagen oder nennen wir es parteipolitisches "Bauchweh" dabei verspürt. Jetzt ist der Zeitpunkt der nächsten Gemeinderatswahl bis ungefähr noch ausstehend gerichtet und man rechnet zum Teil mit der Vergeßlichkeit der Bürger. Daher ist jetzt der Zeitpunkt zum Einbringen gegeben, aus Ihrer Sicht.

Eine zweite Darstellung, meine Damen und Herren, ist doch die Überlegung, wie weit hat eigentlich - so Sie dem Antrag und das ist ja unzweifelhaft anzunehmen Ihre Stimme geben werden - hat die von uns allen miteinander beschlossene 20 %ige Kreditsperre Gültigkeit? Wir haben für alle im Ermessensbereich liegenden Ausgaben gemeinsam diese Kreditsperre beschlossen. Sie kommt aber in diesem vorliegenden Antrag nicht zum Tragen. Jetzt komme ich wiederum auf das Datum 1978 zurück, wo mir Kollege Schwarz erklärt hat im Stadtsenat, zum Zeitpunkt der Antragstellung war von dieser Kreditsperre überhaupt noch keine Rede. Ich finde es mehr als eigenartig, daß der Zeitpunkt des Ansuchens für die Begründung der Nichtanwendung herangezogen wird, denn normalerweise ist die Setzung von Maßnahmen auf Grund der im Zeitpunkt dieser Setzung erforderlichen Gesetze zu tätigen. Das ist ein Parallelfall, wenn auch nicht in der Größenordnung, sondern in einer menschlichen Frage. Im gleichen Stadtsenat, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde eine Zuwendung Gewerbeförderungsbeitrag an einen allen bekannten

und sehr armen Gewerbetreibenden beschlossen, wobei die Dotierung 10.000 S war. Bei ihm hat man die 20 %ige Kreditsperre in Anspruch genommen. Man muß mit zweierlei Maß. Kollege Schwarz hat noch gesagt, wir haben das grundsätzlich beschlossen und dann müssen wir mehr oder minder auch dazu stehen, das war für den Fall des kleinen Gewerbetreibenden. Auf meine Frage "grundsätzlich es gilt für alle" hat er gesagt, es gibt auch Ausnahmen. Ich weiß nun nicht, Kollege Schwarz, wovon sind diese Ausnahmen abhängig? Entweder von der Summe oder aber vom entuellen Subventionswerber. Eine weitere Überlegung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die eigentlich nicht die Parallelität zwischen Mader und Viertler als Subventionsempfänger und Casino rechtfertigen. Wir wissen alle miteinander, daß das Hotel in Steyr nach wie vor noch in Schwebe steht, obwohl heute ein Optionsvertrag beschlossen wurde. Wir hoffen alle miteinander, daß er auch tatsächlich zur Realisierung kommt. Daß aber Mader und Viertler die Bettenkapazität dementsprechend erhöht haben, um auch den Angebot unserer Reiseunternehmungen, insbesondere aber dem erhöhten Bedarf anlässlich unserer Tausendjahrfeier Rechnung zu tragen, daß aus diesem Grunde erstmals den beiden eine Subvention gewährt wurde, ist auch unleugbar. Im Bereiche des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim Casino ist von einer Erhöhung der Bettenkapazität durch den Aus- und Umbau keinesfalls zu sprechen. Wenn ich schon bei der Ehrlichkeit bin, meine Damen und Herren, so sind in diese Umbaukosten von 5,8 Mill. im Casino auch inkludiert Umbaumaßnahmen, die dem Parteisekretariat der SPÖ zuzuordnen sind. Wenn vor einiger Zeit anlässlich der Debatte und nach Abschluß zum Rechnungsabschluß Herr Bürgermeister Weiss sagte, wir müssen eine genaue Prüfung vornehmen von allen von uns zu setzenden Maßnahmen, um die Darlehensaufnahme und damit die Verschuldung unserer Stadt uns nicht über den Kopf fallen zu lassen - die Subvention Casino wird durch Darlehen abgedeckt - dann müßte ich sagen wäre es eigentlich jetzt an der Zeit, dieser Aufforderung von Herrn Bürgermeister Weiss von Ihrem Spitzenmandat von der SPÖ Rechnung zu tragen. Es sei denn, es war nur ein gewisses Zweckbekanntnis.
Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als nächster Sprecher nun Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um darauf hinzuweisen, daß seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion bereits vor Jahren ein Antrag auf eine Subventionsordnung eingebracht wurde. Diesem Antrag wurde aber bis heute kein Gehör geschenkt. Wir haben diese Forderung deswegen immer wieder wiederholt, um endlich einmal klare Richtlinien bei der Vergabe von Subventionen zu gewährleisten und zu schaffen. Gerade beim Verein Arbeiterheim hat es sich immer wieder gezeigt, daß unter dem Tarntitel "Darlehen" Geschenke verteilt wurden. Immer wieder dann, wenn die Rückzahlungsraten fällig waren, hat man um öffentliche Subventionen angesucht.
Ich darf hier die Erklärung abgeben, daß wir grundsätzlich nicht gegen die Aufnahme eines Darlehens sind, um das Casino zu verschönern, denn wir sind uns durchaus bewußt, daß sich hier der Großteil des kulturellen Lebens der Stadt Steyr noch abspielt. Wir sind aber gegen die vorhin erwähnte Vorgangsweise.
Zum Abschluß gestatten Sie mir noch eine Feststellung. Ich glaube, daß es doch nicht ganz richtig ist, in einem Atemzug die Subvention an den Verein Arbeiterheim mit dem der beiden Gastbetriebe zu vergleichen. Nämlich deswegen, weil hier diesen Gastbetrieben unter ganz anderen Voraussetzungen diese Subventionen gewährt wurden, nämlich unter jenen, daß diese bereit waren, die Bettenkapazität zu erhöhen und diese haben wir in Steyr besonders notwendig.
Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich habe eine weitere Wortmeldung, und zwar Kollege Schwarz und dann Kollege Zagler.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, es sind schon wieder sehr große Verdrehungen passiert, und es ist notwendig, dazu einiges zu sagen. Kollege Fürst hat gesagt, das Ansuchen wurde 1968 eingebracht – Entschuldigung 1978! Das ist richtig, und ungefähr zur gleichen Zeit oder etwas später die beiden anderen Ansuchen. In den Vorgesprächen waren diese Ansuchen der Gewerbeförderung immer ein Dreierpaket. Es wurde auch in den Vorgesprächen intern in diesem Sinne verhandelt.

Das Casino als eine Gemeinschaftseinrichtung – es ist ja kein Privatbesitz, sondern es ist der Besitzer einer Organisation, hinter der immerhin in Steyr 15.000 oder 16.000 Wähler stehen. So ist das nicht, daß das eine Einrichtung ist, die einem Einzelnen gehört, der damit tun und lassen kann, was er will. Diese Gemeinschaft, die Sozialistische Partei, war bereit, große Investitionen zu tätigen, um der Gemeinschaft – nicht nur der Sozialistischen Partei, sondern der Gesamtheit der Steyrer – entgegen zu kommen. Das ist eine Gemeinschaftseinrichtung und eine Gemeinschaftsleistung. Wir haben – das habe ich mir ausrechnen lassen – den Anteil bei Veranstaltungen – hier klammere ich die Sitzungen aus, die im Parteitrakt stattfinden – ausgerechnet, er beträgt 38 % für die Sozialistische Partei, die Großveranstaltungen und Versammlungen usw., die durchgeführt werden, und 62 % alle übrigen. Dazu gehören auch die Veranstaltungen der Österreichischen Volkspartei genau so. Ob das eine Muttertagsfeier ist des Pensionistenbundes, ob das eine Wahlveranstaltung ist des Herrn Mock im Rahmen einer Wahlreise, ob das der Kinderfasching der Frauen der ÖVP ist, ob das der ÖVP-Ball ist usw. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Auch für die Freiheitlichen darf ich sagen, daß auch in dieser Richtung schon Veranstaltungen waren.

Warum das Verhältnis so ist, das möchte ich jetzt sagen. Es fallen auch alle Schulbälle hier hinein, die nur durchgeführt werden konnten, weil es das Casino gibt. Es können also verschiedene Veranstaltungen der Gemeinde nur durchgeführt werden, weil es das Casino gibt und viele Veranstaltungen vieler Vereine, die überhaupt nicht mit uns als Partei verbunden sind. Hier glaube ich ist das eine Leistung – ich habe das Verhältnis gesagt, Sie können es ruhig nachrechnen, das stimmt 100 %ig – die eine Gemeinschaft für eine größere Gemeinschaft setzt. Deshalb glaube ich ist es eine moralische Verpflichtung der Gemeinde, daß sie uns hier unterstützt, daß sie hier die Leistungen erbringt. Ich möchte auch zu dem, was Kollege Fritsch angeführt hat, sagen, warum wir einen Unterschied haben zwischen dem kleinen Schneidermeister – um einen Schneidermeister hat es sich gehandelt – und den anderen. Es wird hier kein Unterschied gemacht, sondern die Beratungen und Verhandlungen liegen weiter zurück. Ich habe auch nichts gehört – Kollege Fritsch – daß man beim Viertler diese Einsparungen durchführen sollte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Damals war die Kreditsperre

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das haben wir heute beschlossen. Ich habe kein Wort gehört und wenn ich schon ehrlich bin, dann muß ich das auch anführen. Da müßte man heute beim Viertler genau so reden. Das möchte ich sagen. Außerdem wenn ich schon ehrlich bin, muß ich sagen, daß wir eine Möglichkeit gehabt hätten, zu einer Einvernehmlichkeit zu kommen, wenn wir nicht vorher bei den Gesprächen, die durchgeführt wurden, zugestimmt hätten als Sozialisten, daß die Familie Pötzl eine Subvention bekommt. Das möchte ich auch eindeutig sagen. So ist nämlich das nicht

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das ist aber nicht derselbe Titel!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sicher, aber man kann das nicht unendlich fortsetzen. Ich würde bitten, daß wir hier diesen Beschluß durchführen, weil ich glaube, daß die Gemeinde als Gemeinschaft die Verpflichtung hat, eine Hilfestellung zu geben. Wir verpflichten uns auch weiterhin, diese

Einrichtung, die gar nicht so groß sein müßte, wenn es nach uns geht, weil wir als Partei leicht mit einer kleineren Einrichtung das Auslangen finden würden. Es würde uns viel weniger kosten. Alle diese Einrichtungen, die wir haben wurden deswegen errichtet, nicht daß wir parteimäßig weiß Gott was haben, sondern deswegen, damit wir der Allgemeinheit helfen. Aus dieser Sicht muß man das sehen.

Ein Wort möchte ich noch sagen zur Subventionsordnung, die immer von der FPÖ gefordert wird. Diese Subventionsordnung ist, glaube ich, eine Fessel, die wir uns anlegen, die sehr bedenklich ist. Es gibt ganz andere Gebietskörperschaften, die in keiner Weise bereit sind, über so etwas zu reden, wo es über andere Beträge geht als bei uns. Ich kann mich erinnern, daß beim Land Oberösterreich Subventionen sicher in Milliardenhöhe, wenn man alles in allem zusammenfaßt, ausgegeben werden und dort wird kein Wort von einer Subventionsordnung gesprochen. Ich glaube, daß wir uns hier den Freiraum zu Verhandlungen lassen und nicht alles reglementieren sollten. Ich glaube, wir wären da schlecht beraten, wenn wir dem zustimmen würden. Ich bitte also, diese Sperrklausel unter dem Aspekt Verhandlungen, die weiter zurückliegen, zu sehen. Der andere Antrag ist wirklich erst im heurigen Jahr hereingekommen. Es ist hier also kein Unterschied. Wenn ich schon von einer Sperrklausel spreche, ist es meine Meinung, wir haben heute den Viertler auch beschlossen und würde es dort genau so zur Debatte stehen. So ist das nicht, daß wir mit zwei Paar Schuhen messen, sondern das ist eine Einheit. Ich darf versichern, daß wir weiterhin als Sozialistische Partei und als Verein Arbeiterheim allen, so wie bisher, das Casino auch in der verbesserten Form – wir haben neuerliche Verbesserungen geplant, es ist jetzt noch eine Trennwand eingebaut worden, es ist notwendig, den Fußboden vollkommen zu erneuern – zur Verfügung zu stellen. Die Kosten der Erneuerungen im Casino, die sind in unserem Ansuchen angeführt, sind nicht unbedeutend. Sie liegen nahe bei einer Million, wenn man alles in allem rechnet. Der Fußboden ist bestimmt nicht – das möchte ich auch sagen – nicht nur von Sozialisten durchgetanzt worden, sondern von der Gesamtheit der Steyrer. Ich glaube, ich darf hier ersuchen, dieses Ansuchen wohlwollend zu behandeln und den Antrag positiv zu bescheiden. Ich kann mir vorstellen, wenn die ÖVP dazu nicht die Zustimmung gibt, dann wird es im Sinne einer demokratischen Entwicklung und Entscheidung auch eine Mehrheitsentscheidung sein können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Herr Gemeinderat Zagler bitte. Nächster ist dann Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn ich vom Amtsboten des Magistrates die Amtsberichte zugestellt erhalte, schaue ich mir diese nur durch, um zu erkennen, ob das der Gemeinde Geld kostet, kostet es dem Stadtsäckel Geld oder nicht. Wenn ja, in welchem Ausmaß. Erst dann stelle ich mir die Frage, cui bono, wem nützt das? Gerade in diesem Fall ist die Antwort sehr nahe bei mir gelegen, sehr nahe bei meinem Beruf als Lehrer gelegen an der Handelsakademie, einer Schule, an der Jahr für Jahr Schulbälle stattfinden, – die gibt es nicht nur an der Handelsakademie, sondern auch an anderen Schulen – und es wäre uns in der Vergangenheit nicht möglich gewesen, in der Stadt Steyr solche Veranstaltungen durchzuführen. Es ist auch heute noch so, trotz Vorhandenseins des neuen Stadtsaales, daß die Schüler angewiesen sind, auf das Casino aus zweierlei Gründen zurückzugreifen. Der eine Grund, weil keine Miete zu bezahlen ist und der andere Grund ist der, daß auch die Gastronomie insofern funktioniert, daß eine Preiswürdigkeit vorhanden ist, die es gerade bei Schülerbällen den Schülern ermöglicht, ein echtes Ballvergnügen zu haben. Für mich ist es daher überhaupt keine politische Sache, hier eine Entscheidung für oder gegen einen Verein zu treffen, sondern vom Nutzen ausgehend für Schüler, für Schülereltern und auch für die Politiker, die hier als Ehrengäste jeweils gerne gesehen sind, auch zahlen dürfen und spenden dürfen und sich auch dort an der Gastronomie erfreuen dürfen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, das in Ihre Entscheidung einfließen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Nächster ist Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Mit einer für mich unüblichen Einleitung, weil ich sonst gerne nicht mit direkter Anrede starte, sondern irgend eine Vorbemerkung mache, beginne ich diesmal mit sehr geehrte Damen und Herren, geschätztes Präsidium!
Kollege Zagler hat mit seinem Beitrag, das muß ich ehrlich sagen, rhetorisch verblüfft. Mein Kompliment dafür. Zu diesem Thema zu fragen cui bono, das ist eine starke Sache. Wem nützt denn diese Subventionierung? Rhetorische Fragen bringen es mit sich, daß man nicht unbedingt immer eine Antwort gibt, sondern voraussetzt, daß der Zuhörer sich mitdenkend die Antwort erwirtschaftet. Und cui bono ist als einzig logische Weiterführung des Gedankens Wirtschaftsverein Arbeiterheim. Ich bitte um Entschuldigung. Die Art, wie hier die Kurve gekratzt wurde zum Schulball der HAK war meisterhaft. Zu einem ernstem Thema kann man auch, das hat man soeben erlebt, Schmunzeleffekte erreichen, die sicherlich rhetorisch ausgezeichnet gesetzt waren. Nur zu diesem letzten Beitrag möchte ich schon eine ernsthafte Frage stellen, und zwar war der richtige Hinweis, daß die Schüler ihre Bälle deshalb im Casino abhalten müssen, weil es keine Saalmiete gibt. Das ist vollkommen klar, Schulbälle sind deshalb, daß in die Klassenkassen Geld fließt, Saalmieten schmälern die Klassenkassen. Soweit, Herr Stadtrat Fürst, hoffe ich, daß ich richtig gerechnet habe. Ich bin überzeugt, daß Sie bei Ihrem Schlußwort wieder mein Rechenvermögen in Zweifel ziehen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Von einem Bankbeamten setzt man das voraus!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Herr Stadtrat, Sie wissen, daß es keine Bankbeamten sondern nur Angestellte gibt. Zurück zur einfach sachlichen Rechnung, was käme der Stadt billiger, diese Subventionierung von 500.000 plus dem Darlehen von 500.000, ziehe Strich darunter also 1 Mill., wenn ich mich nicht irre, oder die Schulbälle der einzelnen Veranstalter, die jeweils eine Saalmiete von 7.000,- im Stadtsaal bezahlen müßten? Ich denke, es wäre von dieser sachlichen Stellungnahme einfach billiger gewesen, die Schulbälle so zu subventionieren, daß die Veranstalter die Saalmiete im Stadtsaal refundiert bekommen. Das ist rein sachlich, rein wertfrei dargestellt.
Etwas kritischer müßte man die Stellungnahme betrachten, daß hier nicht mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Ansicht bin ich eben doch nicht. Wenn Sie den Antrag, der dem vorangegangen ist, zur Hand nehmen, werden Sie erkennen und Sie werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit noch daran erinnern, was wir gerade beschlossen haben, daß an den Unternehmer Viertler - es ist bedauerlich, daß ständig Namen von Privaten genannt werden müssen, aber der Name war im Antrag drinnen und daher nenne ich ihn auch - die Förderung, die wir diesmal beschlossen haben, in Form eines Darlehens bekommen hat. Das nur zur sachlichen Richtigstellung, was die Kreditsperre betrifft. Die Subventionierung ist schon im Jahre 1979 erfolgt. Man muß zweifellos zugeben, daß die Restaurierung des Casinos, meine Damen und Herren, jenen aus Ihrer Mitte, die Exponenten des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim sind, ausgezeichnet gelungen ist. Es schaut ganz gut aus, das ist keine Frage. Nur, es gibt eine ganze Reihe anderer Lokale in Steyr, denen auch Umbauten ganz gut gelungen sind. Herr Vizebürgermeister Schwarz, Du hast den zweiten Unternehmer, der zur Diskussion gestanden ist, auch schon namentlich erwähnt. Das Gastwirteehepaar Pötzl hat meiner bescheidenen Meinung nach einen ausgezeichneten Zubau zu seinem Haus gemacht, der auch von der Öffentlichkeit benützt wird. Vielleicht weniger zur Abhaltung von Ballveranstaltungen geeignet, dazu ist er ein wenig zu klein, aber eine Reihe von Veranstaltungen können dort stattfinden, gerade im Jahr 1980, wo wir so viele Fremde hier haben. Das Herbringen der Fremden hat uns zweifellos sehr viel Geld gekostet, das wissen wir, das haben wir beim Rechnungsabschluß schon festgestellt. Gerade in diesem Jahr ist es so wertvoll, daß die private Initiative dieses Ehepaares Pötzl, den Kaffeeraum in Form eines Zubaus dazugebaut haben. Dann verstehe ich nicht

Herr Vizebürgermeister, daß Du sagst, Ihr von der SPÖ meßt nicht mit zweierlei Maß, weil das Casino wird gefördert und der Pötzl nicht. Wo ist es dann, daß nicht mit zweierlei Maß gemessen wird? Vielleicht bin ich zu jung und zu dumm dazu, daß ich das verstehe, aber wenn zwei Unternehmungen da sind, die beide in öffentlicher Richtung etwas gemacht haben, der eine bekommt und der andere bekommt nicht, dann weiß ich nicht, wohin ich da den Blick wenden soll, wenn nicht zu Boden und mich im Grund genommen zu schämen dafür, was zeitweise da herinnen passiert. Ich möchte gar nicht reden darüber, daß ja damit ein ganz bestimmtes Vermögen, nämlich das der – wie es gesagt wurde – größten Partei in Steyr, mit einer ganz erklecklichen Anzahl von Wählern, dadurch bereichert wird. Man könnte da wunderschön polemisieren und ich glaube Sie trauen mir zu, daß ich könnte, wenn ich wollte. Das würde aber der Sachlichkeit keineswegs zuträglich sein, daher unterlasse ich das – so verlockend dieses Thema wäre. Das können Sie mir glauben. Die Zeitung ist momentan nicht zur Debatte gestanden und ich bin keineswegs Redakteur bei dieser Zeitung.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Das ist Kindesweglegung, wenn man sich dann distanziert!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe mich nicht distanziert, ich habe lediglich festgestellt, daß der Zusammenhang mit der Zeitung zur Zeit auf mich nicht zu beziehen ist, weil ich diese nicht geschrieben habe. Ich bin nicht so feige zuzugeben, wenn ich sie geschrieben hätte, denn erst dann könnten Sie mich der Kindesweglegung bezichtigen, so aber nicht. Natürlich, ich habe gar keinen Anlaß das zu bestreiten, was in dieser Zeitung steht, überhaupt nicht. Es wurde heute schon diskutiert, Sie haben dazu gesprochen, gut. Aber das Zweierleimaß, das Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, messen, das werden Sie auch mit einem Hinweis auf Druckwerke nicht vom Tisch fegen können. Sie werden das Unbehagen nicht vom Tisch fegen können, daß willkürlich der eine gefördert wird, bloß weil er "mir san" und der andere nicht, bloß weil der halt nicht Wirtschaftsverein heißt. Was das heißen sollte, den Freiraum zu Verhandlungen freilassen? Der Freiraum sollte immer frei bleiben in Hinsicht auf die Subventionsordnung, die unsere Kollegen von der Freiheitlichen Partei so beharrlich verfolgen, da war die Antwort darauf, wir wollen uns den Freiraum frei lassen. Meine Damen und Herren, wozu brauchen wir einen Freiraum zu Verhandlungen, wenn das Ergebnis eindeutig nach Willkür aussieht und nach Maßnahme zur Beherrschung von anderen?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Eine weitere Wortmeldung vermerke ich nicht. Ich übergebe kurz Kollegen Schwarz den Vorsitz, weil ich einige Bemerkungen hinzufügen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, zur heutigen Abstimmung ist es nun vorauszusehen, wie sie verlaufen wird. Ich möchte die Bemerkung machen, es ist nun einmal so, wer die Demokratie bejaht, wird sich auch mit Mehrheitsentscheidungen abfinden müssen. Das ist nun einmal so in unserem Leben und das wird auch hier nicht anders werden. Eines muß ich aber jetzt schon in den Raum stellen. Bei den Vorgesprächen zum Problem Casino wurde von der ÖVP erklärt, wenn Pötzl eine gleich hohe Subvention bekommt wie sie hier für das Casino vorgeschlagen wird, dann wird eine einvernehmliche Beschlußfassung herbeigeführt. Meine Herren, jetzt frage ich mich, wo ist hier der Spargedanke, der von Ihnen auf der einen Seite angezogen wurde, und wo ist hier die Logik, wenn man solche Wünsche äußert und sagt, dann sind wir bereit und wenn nicht, dann stimmen wir dagegen. Ich glaube auch, daß man gerade der Familie Pötzl, die ich sehr schätze, als eine Familie, die den Schwechater-Hof ausgezeichnet führt, hier mit hereinzieht, wie ich überhaupt bedauere, daß immer wieder heute – beginnend von der Familie Grohs, über Viertler, Mader, Pötzl usw. – alle privaten Gewerbetreibenden, private Personen, mit ihren Familienverhältnissen, mit ihren Wünschen und Vorstellungen im Gemeinderat öffentlich zi-

tiert werden. Ich glaube, wir alle tun uns keinen guten Dienst, am allerwenigsten jenen, die hier in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Ich darf Ihnen hier Beispiele sagen, warum das Casino als neutraler Treffpunkt von allen so begehrt wird. Das muß ja Gründe haben. Am 15. Mai, diese Woche also, ist die Tagung der Wirtschaftstreuhandler Österreichs in Steyr. Es gibt der Landeshauptmann von Oberösterreich, der zugleich Landesobmann der ÖVP ist, einen Empfang im Casino Steyr. Am 17. Mai, zwei Tage später, finden die 20Jahr-Feier und der Festabend der Lions Steyrs statt, ebenfalls im Casino Steyr und Kollege Fritsch ist Mitglied und wird dort anwesend sein. Kollege Fritsch wird sich dort, das nehme ich an, sehr wohl fühlen im Casino, wo er heute dagegen stimmen muß. Am 21. Mai sind die Kulturbeauftragten des Bezirkes über Einladung des Herrn Landeshauptmannes als Kulturreferent im Casino vereinigt. Auch hier eine Einladung, die wiederum in der Person des Landesparteiobmannes der ÖVP ausgegeben wurde. Am 25. Mai hat der ÖAMTC im Casino einen Festabend. Meine Herrschaften, wenn sogar der oberste Chef Ihrer Partei und der oberste Chef des Landes Oberösterreich das Casino für solche Zwecke bevorzugen, dann kann es doch um Gottes Willen nichts Schlechtes sein, wenn hier die Stadt Steyr dieses Haus, dessen Erhaltung, dessen Verbesserung für die gesamte Öffentlichkeit diese Mittel aufwendet, die heute beantragt wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Nein, Entschuldigung, der Referent wünscht noch ein Schlußwort, bitte.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters nichts mehr hinzuzufügen, aber ich wurde im Finanz- und Rechtssausschuß von Kollegen Tremml gebeten, - ich tue das zum zweiten Mal hier - die Stellungnahme seiner Partei zur Förderung des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim zum Ausdruck zu bringen. Er hat im Finanzausschuß diesem Ansinnen vollinhaltlich zugestimmt und stimmt auch hier zu.

Herr Bürgermeister, ich bitte Sie, die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Ergänzung. Wir stimmen ab. In Anbetracht der sich schon jetzt abzeichnenden Ergebnisse bitte ich Sie, wenn Sie dafür sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenstimmen? Gegen die Stimmen der ÖVP und der Freiheitlichen Partei ist der Antrag angenommen. Danke. (10 Gegenstimmen - 8 ÖVP-, 2 FPÖ-Fraktion). Damit ist auch der Referent aus der Berichterstattung befreit. Nächster ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit meinen Anträgen nicht unbedingt abfallen und darf der Ordnung halber sagen, daß es sich hier auch um 2,5 Mill. handelt, die ich Sie im einzelnen bitte, freigeben zu wollen.

Ich darf Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates betreffend Umbau des Alten Stadttheaters und zwei Anträge betreffend das Schloß Lamberg zur Kenntnis bringen und Sie bitten, diese Anträge zu genehmigen und auch zu genehmigen, daß ich die Anträge wieder in Kurzform, wie üblich, Ihnen vortragen darf.

22) Bau5-4160/77

Umbau Altes Stadttheater; Fassadeninstandsetzung;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 10. 5. 1979.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 10. 5. 1979 wurde die Baufirma Negrelli mit der Instand-

setzung der Fassade des Alten Stadttheaters zum Preise von S 994.438,- beauftragt. Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 29. 2. 1980 wird einer vorläufigen Überschreitung der genannten Auftragssumme um

S 600.000,-- (Schilling sechshunderttausend)

nachträglich zugestimmt.

Der genannte Betrag ist aus VSt 5/3630/0100 zu nehmen.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Sie haben den Antrag gehört, die Berichte sind bekannt. Gibt es dazu Einwände? Eine Wortmeldung dazu, Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, zweifellos kein Einwand gegen die Investitionen in das Alte Stadttheater. Ich freue mich schon sehr darauf, wenn das alte Haus endlich fertig sein wird, ich möchte aber die Frage stellen, ob sich schon in etwa abzeichnet, wann dieses Haus in Betrieb gehen kann und hoffe sehr, daß das noch im heurigen Jahr sein wird. Ich will nicht sagen, daß dann die Investitionen, wenn es nicht gelingen sollte, vergeblich gewesen wären. Wir leben ja nicht nur für das heurige Jahr, sondern letztlich auch für die Zukunft. Das ist ja das Schöne, daß wir heute für die Zukunft bauen können. Die Generation nach uns wird sehr froh sein, daß das alte Stadttheater gebaut wurde. Nichts desto trotz interessiert es mich persönlich sehr und bestimmt nicht nur mich, sondern die meisten Anwesenden würde es interessieren, wann denn das Haus fertig werden wird. Ich denke, daß sich auch die Öffentlichkeit dafür interessiert und sehr darauf freut.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Gibt es eine Weitere Wortmeldung? Ich bitte den Referenten, darauf zu antworten, er hat sich gestern beim Baudirektor über den gegenwärtigen Stand der Dinge informiert.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich darf gleich sagen, auch er hütet sich und auch der Kulturreferent, als ebenso Informierter, wird sich hüten, Ihnen eine genaue datummäßige Aussage zu treffen, denn ich glaube niemand ist imstande, Ihnen diese Bestätigung zu geben, am so und sovielten geht das Haus in Betrieb. Eines glaube ich kann man hier feststellen, das Schlimmste haben wir überstanden. Wie lange jetzt der letzte Weg noch dauern wird, bin ich nicht in der Lage Ihnen zu sagen. Ich bin auch nicht in der Lage, das zu beeinflussen, Herr Bürgermeister. Jeder von uns hat das Möglichste getan, aber die Schwierigkeiten, das wissen Sie alle, liegen auf anderer Ebene. Die Antwort ist nicht befriedigend, aber ich nehme auch nicht an, daß wir hier ein Datum haben erfahren wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Ergänzung des Antrages. Wir kommen nun nach dem Schlußwort zur Abstimmung. Gibt es zum gestellten Antrag eine Gegenstimme? Das ist nicht so. Eine Enthaltung? Auch nicht, der Antrag ist beschlossen. Ich bitte um den nächsten Bericht.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Vielleicht, Herr Bürgermeister, weil der zweite Antrag ebenfalls das Alte Stadttheater betrifft, daß doch der Gemeinderat in nächster Zeit eingeladen wird, im jetzigen Stand – ob fertig oder nicht fertig – das Alte Stadttheater zu besichtigen. Darf ich das als Anregung bringen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dieser Wunsch wird dem Protokoll einverleibt und wir werden das in nächster Zeit veranlassen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Beim nächsten Antrag

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Entschuldigung, es ist sowieso vorgesehen gewesen, den Kulturausschuß zu einer Begehung zu veranlassen, das gilt dann gleich für den gesamten Gemeinderat.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

23) Bau5-4160/77

Umbau Altes Stadttheater; Baumeisterarbeiten;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 23. 5. 1978.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 23. 5. 1978 wurde die Firma Hingerl mit der Ausführung der Baumeisterarbeiten im Zusammenhang mit dem Umbau des Alten Stadttheaters zum Preise von S 4,792.436,- beauftragt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. 3. 1980 wird einer vorläufigen Überschreitung der genannten Anbotsumme um

S 600.000,- (Schilling sechshunderttausend)

nachträglich zugestimmt.

Die Mittel sind aus VSt 6/3630/0100 zu nehmen.

Ich darf Sie bitten, Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Einwände gegen diesen Antrag? Werden keine vorgebracht. Diskussion wird keine gewünscht. Es gibt auch keine Enthaltungen, der Antrag ist daher beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

24) Bau5-5549/77

Schloß Lamberg; Installation einer neuen Kesselanlage mit Gasfeuerung;
Errichtung des erforderlichen Rauchabzuges; Herstellung der Gaszu-
leitung; Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 3. 1980 wird für die Ausfinanzierung der bereits mit Beschluß des Stadtsenates vom 13. 11. 1979 sowie des Gemeinderates vom 27. 11. 1979 vergebenen Arbeiten (Installation einer neuen Kesselanlage mit Gasfeuerung, Errichtung des erforderlichen Rauchabzuges, Herstellung der Gaszuleitung und Durchführung von Baumeisterarbeiten) ein Betrag von

S 696.100,-- (Schilling sechshundertsechsunneunzigtausendeinhundert)

als Kreditüberschreitung bei VA-St 5/3630/7700 neuerlich bewilligt.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es Einwände, Diskussionen oder Enthaltungen? Das ist nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

25) Bau5-5549/77

Schloß Lamberg; Außenanlagen; Komplettierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 15. 4. 1980 wird zur Komplettierung der Außenanlagen des Schlosses Lamberg eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 572.000,-- (Schilling fünfhundertzweiundsiebzigttausend)

bei VSt 5/3630/7700 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich darf Sie bitten, diese Überschreitung bewilligen zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu Einwände? Ich stelle fest nein. Enthaltungen auch nicht, der Antrag ist somit beschlossen. Ich danke. Danke. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen lediglich einen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Er lautet:

26) Bau3-5496/77

Straßenbau Resthof II; Aufschließungsstraße 8 und 1 b.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

uf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 4. 1980 wird der Auftrag zum Ausbau der Aufschließungsstraßen 8 und 1 b zur Ausführung der Deckenarbeiten für die Siemensstraße von der Kreuzung Resthofstraße bis Siemensstraße 28 der Firma Zwettler, Steyr, zum Preise von S 2,253.591,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 2,784.000,-- (Schilling zwei Millionen siebenhundertviertundachtzigtausend)

bei VSt 5/6120/0024 freigegeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen. Ich danke dem Referenten. Nächster ist Stadtrat Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich darf Ihnen zwei Anträge vortragen. Bevor ich dies tue, darf ich mich eines Wunsches der Freiheitlichen Feuerwehr entledigen. Am Freitag war die Jahresversammlung und ich soll Ihnen, im besonderen aber unserem Bürgermeister und allen Gemeinderäten, den Dank für Ihre Unterstützung aussprechen, da gerade unsere Feuerwehr eine der modernsten in Oberösterreich ist, aber auch eine der einsatzfreudigsten. Wenn ich vom Vorsitzenden die Erlaubnis bekomme, darf ich die Einsätze der Feuerwehr, die im Jahre 1979, die für unsere Bevölkerung und darüber hinaus zum Wohle unserer Stadt, geleistet haben, anführen. Unsere Feuerwehr besteht aus 263 Männern. Brandeinsätze wurden 52 durchgeführt, das heißt, daß fast jede Woche ein solcher Einsatz war. Der Einsatz des technischen Dienstes betrug 199. Die Wasserwehr - wir sind auf das neue Zeughaus sehr stolz- hatte 23 Einsätze mit 134 Mann und 363 Stunden. Bei Hochwasserbereitschaften waren 283 Mann beschäftigt bei 838 Stunden. Ich darf Ihnen auch sagen, daß die Jugend der Feuerwehren ihre Prüfung abgelegt hat. Dabei wurden insgesamt bei Übungen von 1032 Mann 3298 Stunden absolviert. Bei Gruppenübungen allein 191. Aus dem erwähnten Bericht geht hervor, daß insgesamt 5769 Männer ca. 12.000 Stunden für die Bevölkerung unserer Stadt leisteten. Ich bitte Sie daher im Namen der Feuerwehr, daß Sie auch künftighin die Feuerwehr so wohlwollend unterstützen, damit sie weiter so gut ihren Dienst leisten kann. Damit komme ich zum Antrag:

27) FW-1859/80

Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die
Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 1. 4. 1980 wird dem Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung, Typw "LFB", bei der Firma Rosenbauer, Leonding, zum Preise von S 698.000,- für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird der Betrag von

S 698.000,-- (Schilling sechshundertachtundneunzigtausend)

bei VSt 5/1630/0400 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Antragstellung und auch den vorangegangenen Tätigkeitsbericht der Freiwilligen Feuerwehr. Wir können den mit Beruhigung zur Kenntnis nehmen.

Ich frage, ob jemand zu dem Antrag eine Stellungnahme wünscht? Das ist nicht der Fall, wir stimmen daher ab. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Enthaltung übt auch niemand, der Antrag ist beschlossen. Ich danke. Wir kommen zum nächsten Punkt.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der zweite Antrag betrifft:

28) JW-4832/79

Familienfördernde Maßnahmen im Kindergartenwesen;
kurzfristige Abgabe von Kindern in städtischen Kindergärten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 15. 4. 1980 wird im städtischen Kindergarten "Promenade" probeweise bis Ferienbeginn ab sofort ein Einkaufs- und Besuchskindergarten im Rahmen der normalen Betriebszeiten eingerichtet. Die Besuchsgebühr hat pro Kind und Halbttag pauschal S 10,- zu betragen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Kollegin Kaltenbrunner bitte.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu diesem Antrag habe ich eine ganz kurze Anfrage. Es ist anerkennenswert, daß wir nunmehr einen Antrag des Kindergartenreferenten, des Kollegen Zöchling, für familienfördernde Maßnahmen im Kindergarten Promenade vorgelegt bekommen haben. Selbstverständlich stimmt meine Fraktion zu, ich muß aber gleichzeitig als Bewohnerin des Taborgebietes die Anfrage richten, wie die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Kindergartensituation im Resthof angenommen werden? Mich interessiert vor allem, ob von den angebotenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wurde, damit man erkennen kann, ob die Bedarfsfrage auch richtig dargestellt und beurteilt wurde.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Eine weitere Wortmeldung? Bitte Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wir sind in einem - Frau Kollegin Kaltenbrunner und ich - causalen Zusammenhang, in einem verbalen Zusammenhang mit den Ausführungen des Referenten. Es dreht sich in erster Linie um die Angelegenheit Kindergarten Resthof. Einen Teil hat mir die Kollegin Kaltenbrunner schon vorweggenommen, sie hat irgendwie Informationen erhalten. Ich kann dazu die Antwort nicht geben, dazu ist in erster Linie Kollege Zöchling zuständig. Aber meine Anfrage,- als solche will ich sie gar nicht betiteln - meine Befragung des stadträtlichen Referenten geht dahin, wie weit sind nun die Vorarbeiten, Planungen einschließlich der Ausschreibung des neuen Kindergartens Resthof gediehen und ab wann ist es denkbar, daß der Gemeinderat oder zumindest vorher der Stadtssenat mit der Ausschreibung und deren Ergebnis befaßt wird. Soviel mir bekannt ist - das muß ich allerdings dazu sagen, die Information ist mir sehr kurzfristig zugegangen und ich konnte sie noch nicht zur Gänze überprüfen - würde, so die Stadtgemeinde Steyr zwecks Neubau Kindergarten Resthof aktiv und vorstellig wird, auch die Förderung des Landes zum Kindergartenneubau umgehend erfolgen. Das heißt also, nach meiner Information, liegt

in erster Linie der Zugzwang diesbezüglich bei der Stadtgemeinde Steyr. Vielleicht ist Kollege Zöchling in der Lage, ad hoc eine Antwort zu geben. Ich bitte darum.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bevor der Referent zu Wort kommt, kann ich das Letzte leicht beantworten. Ich war am 10. März beim Landeshauptmann und habe dort schon seine Zusicherung erhalten, daß er diesen Kindergarten so wie jeden anderen fördern wird. Das ist die Erklärung, die längere Zeit zurückliegt, die gleichlautend mit Deiner Mitteilung sein wird. Ich bitte nun den Referenten.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sie können sich erinnern, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir bei einer der letzten Gemeinderatsitzungen gemeinsam beschlossen haben, gerade diesem Projekt, den viergruppigen Kindergarten im Resthof, eine Dringlichkeit einzuräumen. Das heißt, daß unverzüglich nachher der Plan in Linz eingereicht wurde. Sie wissen, daß nach dem Kindergarten-gesetz die Pläne genehmigt werden müssen. Wenn diese Pläne zurückkommen, werden auch die Ausschreibungen raschest vorangehen.

Zum anderen muß ich sagen, es war für 10. April in Gleink ein Stadtteilgespräch angesetzt, das von der Mütterrunde einberufen wurde. Dort hat unser Bürgermeister jene Varianten, die auch in der Gemeinderatsitzung besprochen wurden, vorgeschlagen. Sie können sich noch erinnern auf die Variante, daß 65 Kinder nachmittags im Übungskinder-garten unterzubringen sind, Sie können sich erinnern, daß 15 Kinder noch die Möglichkeit haben, im Kindergarten Gleink unterzukommen und vor allem wäre die Möglichkeit, mit dem Autobus nach Münichholz zu fahren. Der Bürgermeister hat unmittelbar nach dieser Aussprache in Gleink eine Pressekonferenz durchgeführt und Ihnen alle diese Möglichkeiten mitgeteilt bezüglich der Übergangslösung für den Kindergartenbesuch. Außerdem wurden in der nächsten Gemeindezeitung, in der April-Ausgabe, diese Möglichkeiten ebenfalls bekanntgemacht. Ich darf Ihnen aber zusätzlich noch sagen, daß noch diese Woche ein Mitteilungsblatt des Bürgermeisters herauskommt und direkt an die Mieter des Resthofes versendet wird. Darin wird nochmals an diese Möglichkeiten erinnert. Bis jetzt – das ist sehr traurig – wurde bis gestern erst ein Kind zum Besuch des Nachmittagskindergartens angemeldet. Wir hoffen, durch dieses Mitteilungsblatt, daß doch vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, die Kinder in die Kindergärten zu schicken. Ich darf auch noch erwähnen, daß ab Herbst 25 Vormittagsplätze frei werden durch Übersiedlung des Kindergartens in die Schule. Ich glaube, daß trotzdem die vorübergehende Möglichkeit, die Kinder in einen Kindergarten zu schicken, gegeben ist und bitte und hoffe, daß die Bevölkerung des Resthofes von diesen Möglichkeiten Gebrauch macht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke.

Um hier einem Mißverständnis vorzubeugen, erlauben Sie mir kurz eine Erklärung dazu. Weil Kollege Fritsch soeben im Zwiegespräch den Glauben verloren hat an die Verursachung. Am 1. Mai hat mich die Oberkindergärtnerin angesprochen, daß noch keine Meldungen vorliegen, obwohl im Amtsblatt, in der Tagespresse und im Rundfunk die Verlautbarung erfolgte. Die Formulare sind wie üblich zu holen bei der Oberkindergärtnerin, oder bei der Kindergartenverwaltung. Wir können auch für den Resthof keine Sonderregelungen treffen, es müssen die Anmeldungen wie anderswo erfolgen. Niemand hat die Kindergartenverwaltung in dieser Richtung beansprucht. Ich habe vergangene Woche sofort veranlaßt, daß ein entsprechendes Rundschreiben verfaßt wird. Dieses Rundschreiben wurde vom Pressereferenten abgefaßt mit Hilfe der Anweisungen, die er bekommen hat. Es ist inzwischen in Druck gegangen – es handelt sich um einen Druck, also um nichts Maschin-geschriebenes – und mit dieser Information wird der Resthof versorgt. Erst am gestrigen Nachmittag hat die Mütterrunde bei mir vorgesprochen, zu diesem Zeitpunkt war die Frage schon längst geklärt und hat nicht mehr meines Nachdruckes bedurft. Die Initiative ist vom Rathaus ausgegangen. Ich erwähne das, damit es auch von der Presse richtig gebracht wird, ob es dann richtig berichtet wird, daß muß ich den einzelnen Redakteuren überlassen. Damit, glaube ich, können wir den Punkt zur Abstimmung bringen. Ich frage nun, ob es

zu diesem Antrag eine Gegenstimme gibt? Es zeigt niemand auf. Es wird auch keine Enthaltung gewünscht, damit ist der Antrag beschlossen. Die heutige Tagesordnung ist damit am Ende.

Ich darf Ihnen noch zur Kenntnis bringen, daß im Rahmen dieser Beschlüsse, die getroffen wurden, insgesamt 14,892.000 Schilling vergeben worden sind. Wiederum ein Beitrag, der in irgend einer Form in der Stadt Steyr verwertet wird und zur Arbeitsplatzverstärkung beitragen kann. Die Beschlußsitzung ist somit beendet. Wir kommen nunmehr zum Punkt "Aktuelle Stunde". Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß wir festgelegt haben, eine Stunde einzuhalten und Überschreitungen bis zu 5 Minuten zu akzeptieren. Die Redner bitte ich, so wie das letzte Mal, sich exakt an diese Zeit zu halten, damit die aktuelle Stunde nicht ausfunkt.

Der Reihenfolge nach, wie es in der Satzung festgelegt ist bzw. in der Geschäftsordnung, kann jede Fraktion ein Thema berühren. Als erste, der Größenordnung der Fraktionen nach, ist die Sozialistische Fraktion am Wort und ich frage, ob es eine Wortmeldung gibt? Herr Gemeinderat Reisner bitte!

Ich darf nochmals darauf hinweisen, zur Ergänzung, daß ausdrücklich im Absatz 3, § 10 der Geschäftsordnung eine allgemeine Debatte oder Beschlußfassung nicht stattfindet. Das möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen.

GEMEINDERAT FRITZ REISNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich muß die "Aktuelle Stunde" dazu benützen, um im Namen meiner Fraktion ein Thema zur Sprache zu bringen, bei welchem es sich zweifellos um die Zusammenarbeit im Gemeinderat und die gegenseitige Achtung der im Gemeinderat vertretenen Parteien, also damit doch eine Angelegenheit der Stadt, handelt. Es ist ja kaum zu glauben, daß sich die zweitstärkste Partei in Steyr entschlossen hat, unsere positive Arbeit im Gemeinderat durch eine Aussendung in der sogenannten Landeszeitung mit dem Untertitel "Magazin für Information und Unterhaltung" in Frage zu stellen. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß die sozialistische Fraktion, die stets bereit war, gemeinsam mit den anderen Fraktionen die Verantwortung für den eigenen Wirkungsbereich der Stadt zu übernehmen, aber nicht gewillt ist, diese Zusammenarbeit in der bisherigen Form fortzusetzen, wenn es zu solchen Verdrehungen der Tatsachen in einem ÖVP-Organ kommt.

Nun zu den einzelnen Aussagen. Jedermann weiß, daß die Musikschule deswegen nicht sofort dem Land übergeben wurde, weil die Absicht bestand, durch eine Novellierung des Landesmusikschulgesetzes die durch nichts vertretbare Benachteiligung der Förderung der Gemeindemusikschulen gegenüber Landesmusikschulen zu beseitigen. Als dies auf Grund des Wahlausganges bei der letzten Landtagswahl nicht mehr möglich war, hat sich der Steyrer Gemeinderat entschlossen, von den Möglichkeiten, die das Landesgesetz bietet, Gebrauch zu machen. Nicht der ÖVP-Standpunkt hat sich durchgesetzt, sondern eine gemeinsame Willensbildung des Steyrer Gemeinderates war maßgebend.

Zum Kindergarten Resthof einige Bemerkungen. Nicht die ÖVP allein hat den Kindergarten Resthof verlangt, auch hier waren sich alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen einig. Im Bebauungsplan war der Kindergarten vorgesehen, im Etappenplan der GWG war das Siedlungszentrum mit dem Kindergarten eingereicht und geplant, im Budget befand sich eine entsprechende Ansatzpost im Haushalt und ÖVP-Vizebürgermeister Fritsch hat selbst hier im Gemeinderat zugegeben, daß in der Fraktionswahlbroschüre meiner Partei der Kindergarten Resthof verlangt wurde. Der Gemeinderat war sich absolut einig; was soll daher eine Feststellung, daß die ÖVP die ressortverantwortliche SPÖ zum Handeln gezwungen hat? Hier handelt es sich wirklich um eine maßlose Überschätzung, die dem gemeinsamen Willen des gesamten Gemeinderates ins Gesicht schlägt.

Was soll es heißen, daß der Fußgängersteg zwischen Münchenholz und Resthof von der SPÖ bisher abgelehnt wurde?

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das ist die Wahrheit!

GEMEINDERAT FRIEDRICH REISNER:

Das ist doch reiner Unsinn! Ich hasse diese Vaterschaftsprozesse um gute Ideen, die hier immer wieder geführt werden. Ich kann aber der ÖVP entgegenhalten, daß bereits in den 50er Jahren, unter Bürgermeister Fellingner, vom Magistrat eine wasserrechtliche Genehmigung für eine Rohrbrücke an dieser Stelle im Rahmen der Wasserversorgung beantragt wurde. Solche Projekte werden eben verwirklicht, wenn eine technische Notwendigkeit vorliegt. Durch die Errichtung des BMW-Steyr-Motorenwerkes war es nun notwendig, den Versorgungsring, der seit Jahrzehnten geplant und genehmigt ist, auch tatsächlich zu schließen, und hier war es nicht die Initiative der ÖVP, sondern der SPÖ mit dem gesamten übrigen Gemeinderat, aus diesem technischen Erfordernis heraus auch noch den Wunsch mit zu verwirklichen, einen Übergang über die Enns zu schaffen. In der Sache des Fremdenverkehrsverbandes Voralpenland ist die ÖVP-Fraktion sowieso schlecht informiert, denn ihr Landesrat Trauner hat bereits aus eigenem die Misere behoben, die nicht die SPÖ sondern die ÖVP selbst verschuldet hat.

Den Gipfel der Demagogie stellt jedoch der Artikel über den Steyrer Schloßpark dar. SPÖ-Mandatare unserer Stadt, so wird hier behauptet, waren darauf und dran, die Zerstörung des herrlichen Schloßparkes anzuordnen. Wissen Sie überhaupt, was Sie da behaupten? Das ist Rufmord - Demagogie ist ein viel zu geringes Wort dafür. Ihre Unüberlegtheit ist jedoch so weit gegangen, daß Sie eigentlich zum ersten Mal auch einen leitenden Magistratsbeamten auf nicht zu vertretende Weise durch diesen Artikel diffamieren. Die Mitarbeiter des Magistrates werden sich sicher in dieser Angelegenheit zu wehren wissen, und es ist nur recht und billig, wenn sie ihr Verhalten gegenüber der ÖVP-Fraktion einer Revision unterziehen, denn namens meiner Fraktion darf ich hier ausdrücklich zum Ausdruck bringen, daß wir die Loyalität aller Magistratsmitarbeiter schätzen und anerkennen.

Es ist im Interesse der Stadt, Zusammenarbeit zu üben und es schadet der Stadt, wenn sie aus ganz billigen Motiven zerstört wird. Die ÖVP ist daran, es zu tun. Letztlich wird sie damit keinen Erfolg haben, denn Wahlergebnisse kann man nicht durch Zeitungsartikel korrigieren. Wir, die sozialistische Fraktion mit 24 Mandaten, suchen Zusammenarbeit. Sie geehrte Mitglieder der ÖVP mit 9 Mandaten, brauchen jedoch diese Zusammenarbeit; vielleicht überlegen Sie sich das einmal, sonst werden Sie sicher das von Vizebürgermeister Fritsch vorhin zitierte Unbehagen und Bauchweh bekommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Weitere Meldungen? Als Nächster hat sich Kollege Fritsch gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Es fällt mir jetzt schwer, sachliche Worte zu finden auf die Ausdrücke des Kollegen Reisner. Wir haben schon einmal in diesem Raum sein Kettenrasseln gehört und heute hat er sich mit Haßtiraden befließigt. Er hat sich nur beim Vorlesen des ihm wahrscheinlich aufgesetzten Artikels ein bißchen schwer getan, vorwiegend mit den Fremdwörtern. Wenn ich jetzt heftig geworden bin, dann aus der Sicht heraus, daß Kollege Reisner derjenige war, der sich der Demagogie bis zum Exzeß auf diese Art und Weise befließigt hat. Ein paar Dinge möchte ich aber dazu noch klarstellen, dazu bin ich verpflichtet, es zu sagen. Es tut mir nur leid, daß der heutige Sitzungstag mit einer Art begonnen hat, die darauf gezielt war, von der Geschäftsordnung her, die ÖVP zu verschiedenen Problemen überhaupt nicht Stellung beziehen zu lassen. Das Zweite ist, ich habe mich mit meinen Fraktionskollegen kurz vorher noch abgesprochen, ob wir in der "Aktuellen Stunde zu diesen Vorwürfen Stellung nehmen oder nicht. Wir waren der Auffassung, wir lassen es. Wenn jetzt Kollege Reisner, er hat ja namens der SPÖ-Fraktion gesprochen, dazu wiederum Gelegenheit gibt, es zu tun, so mache ich es. Ich mache es aber in einer Art, die mir normalerweise, Herr Kollege Reisner, nicht liegt. Auf der eine Seite muß ich festhalten, daß ich einer gewissen Freude darüber Ausdruck geben darf, daß Sie alle so eifrig - nicht nur vor, sondern auch während der Sitzung - die ÖVP-Zeitung gelesen haben. Mithin ein Beweis dafür, daß die ÖVP mit dieser Art Nachrichten zu geben, richtig liegt, und wenn Sie aufheulen deswegen, weil Ihnen wahrscheinlich die Zehen, auf die man Sie getreten hat, etwas weh getan haben. Man könnte auch - Kollege Reisner, Sie sind immer sehr gut mit Sprichworten beisammen - das auf die Art und Weise deklarieren, daß man

sagt " viel Feind, viel Ehr".

Jetzt aber bitte zu den sachlichen Prognosen. Es freut mich, daß sich ausgerechnet Kollege Reisner für die Musikschule ausgesprochen hat, er war nämlich vor zwei Jahren derjenige, der am meisten dagegen war. Ich wiederhole jetzt die Worte "dem Possart in den Rachen werfen". Herr Kollege Reisner, das ist Ihre Ausdrucksweise. Weiser kann ich leider nicht zu ihm sagen, denn die Weisheit muß ich ihm auf diesem Gebiet absprechen.

Verschiedene Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich ziehe vielleicht Deinetwegen den roten Handschuh an, damit er Dir paßt!
Wenn ich, Herr Kollege Reisner, jetzt von der Musikschule weiterrede, ich möchte meine Redezeit nicht überziehen, eines ist Tatsache, es war nach wie vor unsere Forderung seit jeher, widersetzt hat sich dazu die SPÖ. Soll ich nicht schreiben, daß unsere Forderung endlich erfüllt wurde in einem gemeinsamen Denken – das akzeptiere ich ohne weiteres, – aber Sie haben in Ihren Beiträgen die Gemeinsamkeit aufgekündigt. Sie haben von Haß gesprochen, das sind Worte, die in einer Demokratie, Herr Kollege Reisner nicht immer zu finden sind, und keinesfalls Platz haben. Denn was Haß in der Politik bedeutet, das haben einige von uns am eigenen Leib oder in ihren Familien erlebt. Sie nicht, Gott sei Dank. Ich würde das Wort Haß normalerweise hier im Gemeinderat überhaupt nicht gebrauchen. Sie haben dazu provoziert.

Kindergarten Resthof, Herr Kollege Reisner, die Tatsache ist die, das war in Ihrem Programm drinnen, das war auch in unserem drinnen. Und würden wir nicht den Antrag zur Sitzung am 13. März betreffend Kindergartenbau Resthof eingebracht haben, dann weiß ich nicht, ob wir überhaupt so weit wären. Das ist auf diese Art und Weise sicherlich an unsere Fahnen zu heften.

Fußgängersteg Münchenholz, Herr Kollege Reisner, wo war das in Ihren Forderungen? Das war in unseren drinnen. Und wissen Sie ganz genau, Herr Kollege Reisner, wie es überhaupt dazu gekommen ist und jetzt sage ich es offen, der Antrag hätte als Dringlichkeitsantrag nicht einmal eingebracht werden dürfen, weil Sie nicht die Frist zur Unterschriftsleistung eingehalten haben, sondern im Finanz- und Rechtsausschuß ist der Herr Magistratsdirektor hausieren gegangen oder einer seiner Sendboten, um überhaupt die Unterschriften einzuholen.

Herr Kollege Reisner und vielleicht jetzt doch zur Angelegenheit Schloßpark. Mich wundert es, daß ein Bediensteter der Stadtgärtnerei Steyr, dem eigentlich die Pflege des Grünen, die Pflege der Bäume berufsmäßig und auch ideell besonders am Herzen liegt, daß der auf einmal solche Töne anschlägt, daß er diese Lösung, die *diametral* zu seinen Berufsvorstellungen läuft, daß er die jetzt ad acta gelegt hat. Vielleicht noch eines, SPÖ-Mandatare, Kollege Wippersberger ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf Sie auf die fünf Minuten aufmerksam machen!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich habe noch eine Minute.

Kollege Wippersberger hat als stadträtlicher Referent, Verkehrslösungen usw. selbst an den Besprechungen teilgenommen, selbst dabei Verhandlungen geführt und jetzt muß ich bitte fragen, ist Kollege Wippersberger kein SPÖ-Mandatar? Wenn nun Herr Kollege Reisner in seinem Beitrag gesagt hat, die Steyrer ÖVP zerstört die Stadt, dann verzeihen Sie mir, daß ich darauf keine Antwort gebe, denn das ist die Antwort eines sehr unreif denkenden Menschen gewesen und keinerlei Grundlage ist dafür gegeben. Auf solche Beiträge können wir alle in Zukunft verzichten, es sei denn, Sie sind in der Lage, diese etwas formgerecht einzubringen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Zeit wurde kurz überzogen. Als nächste Fraktion ist die Freiheitliche Partei an der Reihe und ich bitte dazu Herrn Gemeinderat Mausz .

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Thema, glaube ich, paßt ganz gut dazu, ich komme mit einem Lieblingskind meines Freundes Fuchs, und zwar mit dem Lärmschutz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das ist ein anderes Thema, wir sind jetzt beim Thema Zeitung, das Gemeinderat Reisner angezogen hat. Es kommt jede Partei zu diesem Thema zur Sprache. Sie haben Gelegenheit, Ihr Thema im Anschluß daran anzuschneiden.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Entschuldigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Redner wäre Gemeinderat Tremml. Es steht gemäß Geschäftsordnung in der Aktuellen Stunde den zuständigen Stadtsenatsmitgliedern, referatsmäßig zuständigen Stadtsenatsmitglied, auch eine Wortmeldung zu oder dem Bürgermeister und ich möchte mir doch erlauben, dazu eine Äußerung abzugeben. Ich bitte Herrn Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geschätzter Gemeinderat, es ist an sich sehr erfreulich, daß die Belegung der GR-Sitzung durch die Aktuelle Stunde eine Note erfährt, die manchen aus einer gewissen Lethargie herausreißt. Das wurde besonders unterstrichen durch den Beitrag des Kollegen Fritsch, der gerade aus seiner pädagogischen Tätigkeit hier seinen Sprachschatz voll ausgeworfen hat, allerdings ist er in das Fahrwasser gekommen, das er Kollegen Reisner vorgeworfen hat. Nämlich sowohl bei der Aussprache als auch in der Flüssigkeit des Redens hat es hier manche Ladehemmung gegeben. Aber es ist eben so, wenn man anderen etwas vorwirft, kann man sich selbst meist nicht dagegen wehren.

Ich muß Ihnen, meine Damen und Herren, schon sagen, daß zur Aussendung der ÖVP – es steht ja jeder Partei frei sich zu äußern, ich kann hier authentisch sagen, daß Mitglieder der ÖVP-Fraktion, das sage ich öffentlich, ich weiß nicht, ob es die Zeitungen aufnehmen werden, erklärt haben, daß sie einen Tag vor Herausgabe dieser Zeitung den Inhalt dieser "Fritsch-Aussendung" gar nicht gekannt haben. Ich nehme an, daß hier doch mehr oder weniger ein Alleingang des ÖVP- und Fraktionsobmannes im Gemeinderat vorliegt und die Einmütigkeit der Gemeinderatsfraktion der ÖVP gar nicht so eindeutig gegeben scheint.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nur keine Aufregung, Kollege Fritsch, es könnte gesundheitlich schädlich sein. Mir liegt ein Brief des Magistratsdirektors vor, er ist an mich adressiert, der sich so betitelt: "Anschuldigung von leitenden Mitarbeitern des Magistrates", also von Angehörigen eines Organes der Stadt Steyr. Es wurde hier unter anderem darauf hingewiesen, ich darf den Einleitungssatz voll zitieren: "Auf Grund meines Rechtes, an den Sitzungen des Stadtsenates teilzunehmen, bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als Vorsitzender des Stadtsenates, in der Sitzung dieses Gremiums am Donnerstag, 8. Mai 1980, eine Erklärung abgeben zu dürfen, um deren Protokollierung ich außerdem ersuche." Das ist geschehen. Der Herr Magistratsdirektor hat den Inhalt dieses Schreibens zum Anlaß genommen, hier seine schwerwiegenden Bedenken gegen Aussagen und Beschuldigungen und Diffamierungen gegen Beamte des Magistrates ausführlich darzulegen. Es gibt zwei Vorfälle, die Anlaß geben, hier zitiert zu werden. Das eine ist, daß ein Mitglied der ÖVP-Gemein-

deratsfraktion, nämlich Ihr Kollege Mayr, während der Führung am BMW-Werksgelände den Leiter und Geschäftsführer der Stadtwerke technischerseits, Ing. Wein, beschuldigte, Stimmen der ÖVP der letzten Wahl verschwinden lassen zu haben. Obwohl Herr Gemeinderat Mayr, das muß ich hier auch sagen, – ich muß hier die Zitierung aus dem Brief des Herrn Magistratsdirektors zur Kenntnis bringen, das ist nicht meine Formulierung – hier wurde erklärt, daß Gemeinderat Mayr das betreffende Protokoll selbst unterzeichnet hat. Auch ein Einschreiten des Fraktionsführer-Stellvertreters Ihrer Partei hat die Sache bereinigt. Durch eine Erklärung, daß hier Herr Gemeinderat Mayr ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nachdem ich hier am Wort bin, Herr Kollege Fritsch, werde ich meinen Beitrag auch zu Ende führen...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich werde hier als Bürgermeister die Erklärung jederzeit akzeptieren, Sie brauchen keine Angst zu haben. Hier jedenfalls wurde diese Anschuldigung zurückgezogen. Ich möchte weiterfahren, daß auch in der Aussendung der ÖVP hier einige andere Personen, so auch der Herr Baudirektor, Obersenatsrat Dipl. Ing. Ehler, bezichtigt wurde in einer Art und Weise, die der Herr Magistratsdirektor in seinem Schreiben als eine Diffamierung der Beamenschaft generell und des Baudirektors speziell bezeichnet. Es wird hier außerdem noch angeführt, daß ich unter anderem noch einen Satz zur Kenntnis bringen möchte, daß von den Beamten des Hauses der Diensteid abgelegt wurde und die Berufsehre der Beamenschaft jederzeit gesichert sein muß. Wenn die Herrschaften der ÖVP ausziehen, ist das das typische Zeichen einer Verärgerung, wenn ihnen auf die Finger geklopft wird.

Die Gemeinderatsfraktion der ÖVP verläßt um 18.40 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Das muß in einer Parteizusammenarbeit geschehen, wenn sich derartige Entgleisungen ergeben. Mich stört das Ausziehen sicherlich nicht, man wird ja sehen, welche Folgerungen dadurch im Gemeinderat abzuleiten sind. Fest steht, daß es tatsächlich so ist, daß Mitglieder der ÖVP-Fraktion von der ÖVP-Zeitschrift und dessen Inhalt nichts wußten. Ich nehme also wirklich mit Recht an, daß diese Bezeichnung des Baudirektors doch eine persönliche Ansicht des ÖVP-Fraktionsobmannes Vizebürgermeister Fritsch war und keine generelle Ansicht der ÖVP-Fraktion darstellt. Ich werde diesen Brief des Magistratsdirektors in vollem Inhalt dem Protokoll einverleiben lassen, damit alles, was hier angeführt ist, auch im Gemeinderatsprotokoll, das jederzeit einsehbar ist, vermerkt ist. Ich halte solche Dinge für wichtig, denn sie dienen der Klarstellung und Sicherung der persönlichen Freiheit und vor allem auch dem Schutz gegen die persönliche Diffamierung in unserer Stadtverwaltung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke dem Herrn Bürgermeister und möchte vermerken, daß es äußerst interessant ist, daß die ÖVP-Fraktion gerade in der Stunde, die sie so vehement verlangt hat, den Saal verläßt. Ich darf den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurückgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Der Herr Magistratsdirektor möchte ebenfalls einen Beitrag leisten, er hat kraft Statut die Möglichkeit, sich zu äußern.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSENATSRAT DR. JOHANN EDER:

Ich berufe mich dabei auf § 29 der Geschäftsordnung. Herr Vizebürgermeister Fritsch hat mich heute ebenfalls einer nicht in Ordnung befindlichen Handlung geziehen. Er hat behauptet, daß ich – bzw. meine Sendboten – einen Dringlichkeitsantrag im Finanz- und Rechtsausschuß unterschreiben habe lassen und er daher nicht fristgerecht eingebracht wäre. Für Dringlichkeitsanträge gibt es keine Fristen. Wenn ich Sie im Finanz- und Rechtsausschuß – ich kann mich daran wirklich nicht erinnern – unterschreiben habe lassen, so ist das überhaupt kein Formfehler, es genügt auch noch, wenn das während der Gemeinderatsitzung unterschrieben wird. Vor einer Gemeinderatsitzung findet eine Finanz- und Rechtsausschußsitzung statt und ich möchte feststellen, daß ich hier einer nicht gesetzmäßigen Handlung geziehen wurde.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis, sie wird auch dem Protokoll einverleibt und unter Umständen für Vorfälle späterer Art wieder hervorgeholt werden. Wir schreiten nunmehr weiter in der Aktuellen Stunde. Dieses Thema ist erschöpft. Als nächste Partei käme die Österr. Volkspartei mit einem Thema an die Reihe, sie ist aus dem Saal ausgezogen, befindet sich also im "Schmollwinkel". Es kommt also der Reihe nach nun die drittgrößte Partei, die Freiheitliche Partei. Herr Gemeinderat Mausz jetzt kommen Sie zu Ihrem Thema.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Da für mich diese Situation keine erste erfreuliche Sache war, möchte ich heute von meiner Wortmeldung Abstand nehmen. Ich bringe das ein anderes Mal sicher an.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Wir hätten im Rahmen unserer Aktuellen Stunde noch etwas Zeit, aber wenn keine Wortmeldung mehr vorliegt, kann ich die Sitzung abschließen. Ich nehme also zur Kenntnis, daß sich niemand mehr gemeldet hat. Ich danke den noch Anwesenden, die sich voll in Kenntnis befinden über den Ernst einer Gemeinderatsitzung.

Die Gemeinderatsitzung ist mit dem Ende der Aktuellen Stunde geschlossen.
Ich danke Ihnen.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Ingrid Ehrenhuber e. h.
Roman Eichhübl e. h.